

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT NUMMER 43 JULI 2003 EURO 3,50 ANTIZIGANISMUS

infoladen
Koburger Str. 8 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ZAG





AKTUELL

- 04 Europäisches Netzwerk gegen Rassismus
Die ENAR – Konferenz in Berlin
- 05 Neu erschienen: Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik
und ihre tödlichen Folgen
10 Jahre im Rückblick, 1993 bis 2002
- 06 Aufruf zum 6. Antirassistischen Grenzcamp in Köln
- 07 Auf dem Sprung nach Europa
Unter internationalem Druck verschärft die Türkei
ihre Migrationspolitik

SCHWERPUNKT

- 11 Einleitung: Alter Zigeuner
- 12 600 Jahre Roma und Sinti in Deutschland
Die Geschichte einer Verfolgung
- 14 Antiziganismus, ein Problem der Mehrheitsgesellschaft!
Ein Interview mit Wolfgang Wippermann
- 16 Antisemitismus und Antiziganismus
Ein bedenklicher Vergleich
- 18 „Unsere Zigeuner“
Eintritt in die Welt des Kitsches
- 18 Wo sind die Zigeuner geblieben
Ein Exempel zum Zigeunerkitsch
- 20 Abschiebung von Roma aus Großbritannien
Beispiele aus den „Weiße-Liste“-Ländern
- 23 Roma in Rumänien
Ein Gespräch mit dem Schriftsteller Richard Wagner
- 25 Duldung ist nicht Toleranz
Roma kämpfen um Aufenthaltsrecht
- 26 Antiziganismus in Deutschland seit 1989
Eine Medienanalyse

REZENSIONEN ZUM SCHWERPUNKT

- 28 Antiziganismus
Rassismus gegen Roma und Sinti
im vereinigten Deutschland
- 29 Die Dialektik des Rassismus

REZENSIONEN

- 30 Multi-Kulti/Verhandlung des Antisemitismus

KURZ VORGESTELLT

- 32 Rassismus/Afghanistan/Reisebuch/Antiliberismus

ZAG ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

Herausgeberin: Antirassistische Initiative e.V. — Seit der ZAG Nummer 39 werden wir unterstützt durch die Stiftung Umverteilen! Berlin AG Afrika — Redaktionsanschrift: ZAG, Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59 HH, 10 965 Berlin, Telefon 0 30. 7 85 72 81 Fax 0 30. 7 86 99 84 — Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel der ZAG geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder. — E-mail: redaktion@zag-berlin.de — Homepage: <http://www.zag-berlin.de> — Bankverbindung: Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft BLZ: 10020500, Abo-Kontonummer: 3039601, ARI Spenden-Kontonummer: 3039600 — Erscheinungsweise: vierteljährlich — V.i.S.d.P.: Peter Finger — Grafische Gesamtgestaltung: Brigade Morgenrot — Druck: EinDruck Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS für die nächste Ausgabe: 31.12.2002. Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.04.2001.

Die ZAG hat stets Interesse an MitarbeiterInnen und Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit „Seit der Abschaffung des Asylrechts...“ beginnen sollten. Texte bitte einmal auf Diskette im MS-DOS- oder Winword-Format und einmal ausgedruckt an unten stehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte unbedingt eine Kontaktadresse angeben.

WIR WERDEN SCHEITERN, ABER...

Hier ist sie wieder, die ZAG. Und für viele nach langer Zeit auch gleich mit Rechnung! Und nicht nur das: Wie schon an den Umschlagsseiten zu erkennen, hat sich zudem das Erscheinungsbild der ZAG gänzlich geändert! Schluss mit den farblosen Blättern der Seiten. _____ Wahnsinn! _____ Pure Dekadenz in schlechten Zeiten? _____ Tja, nobel geht die Welt zugrunde! _____ ...wie beispielsweise am vielzitierten Berliner Bankenskandal zu sehen ist. Doch leider hatten wir da nicht unsere Hände im Spiel. Die Umverteilung wäre auch gänzlich anders verlaufen und die knapp 2.500 Euro, die wir zur Produktion eines Heftes brauchen, wären kein Thema mehr. _____ ...und leider steht uns keine sogenannte sozialdemokratische Partei zur Verfügung, die unseren Lesern klarmachen könnte, sie müssten nun soziale Opferbereitschaft an den Tag legen, damit das Projekt „ZAG 2010“ eine realistische Zukunft hätte. _____ So bleibt es denn ein ständiger Kampf, um die Kohle für die ZAG zusammen zu bekommen. Doch wir sind standhaft und sehen die ZAG ganz im Sinne des kürzlich verstorbenen Politologen Johannes Agnoli: „Wir werden Scheitern, natürlich werden wir scheitern, doch kommt es darauf an, was zu verändern.“ _____ Das Vorhaben, aufklärende politische Inhalte jenseits des gesellschaftlichen Konsens vermitteln zu wollen, die keinen zu interessieren scheinen, kann letztendlich nur scheitern. Doch bilden wir uns darauf nichts ein, sondern machen einfach weiter und warten nun mit einem Thema auf, das wahrlich in der öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle spielt und dennoch historisch wie aktuell eine bittere Realität rassistischer Ausgrenzung darstellt: Antiziganismus. _____ Wer dieses Wort mal wieder für eine PC-mäßige Wortkonstruktion hält, dem sei nicht nur an dieser Stelle gesagt: Alle Wörter sind immer Konstruktionen. Sie besitzen allerdings auch immer eine bestimmte Bedeutung. Diese ist beispielsweise bei dem kulturell verankerten und damit nicht als Wortkonstruktion wahrgenommenen Begriff „Zigeuner“ dezidiert rassistisch, wie es die Lektüre dieses Heftes zeigen wird. _____ Eure ZAG

EUROPÄISCHES NETZWERK GEGEN RASSISMUS

DIE ENAR-KONFERENZ IN BERLIN

ALBERT ZECHERU, ZAG

Ende Januar 2003 fand in Berlin eine vom „Europäischen Netz gegen Rassismus“, kurz ENAR, organisierte Konferenz statt. Diese hatte das Ziel, eine Debatte mit Nichtregierungsorganisationen über die Umsetzung der von der EU verabschiedeten „Antirassismusrichtlinie“ zu führen. _____ Die im März 2002 vom ENAR herausgegebene Broschüre mit dem etwas langen Titel „Ohne Unterschied! Umsetzung der Richtlinie zur Anwendung des Gleichberechtigungsgrundsatzes, Überblick und Vorschläge“ bietet einen Einstieg in diese Thematik. Darin heißt es im Vorwort über die Arbeit des Netzwerks: „ENAR hat seine Lobbying-Aktivitäten auf die ‚Antirassismusrichtlinie‘, während der Verhandlungen im Europaparlament und später mit nationalen Regierungen, die zur Umsetzung

der Richtlinie in nationales Recht verpflichtet sind, gerichtet. _____ Gegenwärtig bringt ENAR Anfragen zum Stand der Umsetzung der Antirassismusrichtlinie in nationale Parlamente ein. Antworten auf diese Anfragen werden den Fortschritt, der bislang auf nationaler Ebene gemacht wurde, illustrieren.“

_____ Was die Antirassismusrichtlinie konkret bedeutet wird klarer, wenn man sich den gesamten Wortlaut dieser EU-Gesetzesempfehlung anschaut: „Richtlinie zur Anwendung des Gleichberechtigungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse [sic!] oder ethnischen Herkunft.“ _____ Anscheinend hat es sich in Brüssel noch nicht herumgesprochen, dass die Einteilung der Menschen in Rassen völliger Blödsinn ist. Insofern wäre in diesem Punkt der einzig treffende Gleichberechti-

gungsgrundsatz, sich von solchen Unterscheidungen ein für allemal (gesetzlich festgeschrieben) zu verabschieden. _____ Doch so muss das ENAR explizit darauf hinweisen, dass es sämtliche „Theorien, mit denen versucht wird, die Existenz verschiedener menschlicher Rassen zu belegen“, ablehnt und dennoch gezwungen ist den Begriff im Rahmen der Debatte um die Gesetzesvorlage zu gebrauchen, ohne ihn zu akzeptieren.

_____ In der praktischen Arbeit mag die Tatsache, dass in der EU die Menschen noch immer in Rassen unterteilt werden, auch eher eine theoretische Nebensache sein, zumindest angesichts der aktuellen Gesetzeslage in vielen Mitgliedsländern der EU, die keinen ausgesprochen umfassenden Rechtsrahmen für die praktische Bekämpfung ras-

sistischer Diskriminierungen bietet. Ein wenig würde dies auch wundern, konstituiert sich letztendlich jede klassische Nation auf nichts anderem als Rassismus, zumal in Zeiten kapitalistischen Wirtschaftens. Wenn dieser auch aufgrund des hohen Alters vieler Nationen als solcher gar nicht mehr wahrgenommen wird; hat er doch schon lange auf kulturellem Wege seine Legitimation erfahren. — Um so wichtiger erscheint es daher den Netzwerkmitgliedern, „dass NGO's zur wirksamen Bekämpfung von rassistischen [...] Diskrimi-

nierungen sicherstellen sollten, dass in den Mitgliedstaaten ein klarer Rechtsrahmen zur Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes vorhanden ist. Hierfür wäre es unserer Ansicht nach hilfreich umfassende Rechtsvorschriften zu haben, die zumindest alle unter den Geltungsbereich der Richtlinie fallenden Aspekte abdecken.“ — Folgt man den Ausführungen der Berichte in der Broschüre „Ohne Unterschied“, wird schnell deutlich, dass natürlich noch viel getan werden muss, um auch nur annähernd einen EU

weit rechtlich verankerten Schutz vor rassistischer Diskriminierung umzusetzen. Und da die EU in erster Linie ein wirtschaftlicher Zusammenschluss verschiedener Länder ist, geht es in Brüssel bekanntlich dementsprechend undemokratisch zu. Insofern ist gerade in diesem Bezug die Arbeit von NGO's um so wichtiger. •

ENAR European network against racism, 43 rue de la Charité, B-1210 Bruxelles, Belgium, Telefon: 0032.22 29 35 70, Fax: 0032.22 29 35 75, E-Mail: info@enar-eu.org, Internet: www.enar-eu.org

NEU ERSCHIENEN: BUNDESDEUTSCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK UND IHRE TÖDLICHEN FOLGEN

10 JAHRE IM RÜCKBLICK, 1993 BIS 2002

1983 starb Cemal Kemal Altun. Sein Antrag auf politisches Asyl war zunächst anerkannt worden. Auf Wunsch der türkischen Militärjunta hatte der damalige Bundesbeauftragte für Asyl-Angelegenheiten gegen diese Entscheidung geklagt. Das Resultat: 13 Monate Auslieferungshaft in einer Einzelzelle. Am 30. August 1983, dem zweiten Tag der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Berlin, rannte Cemal Kemal Altun zum Fenster und stürzte sich aus dem 6. Stock in die Tiefe. Er wurde 23 Jahre alt. — Die Empörung über den Umgang mit Cemal Kemal Altun war groß. Auf Demonstrationen forderten Tausende uneingeschränktes Asylrecht für politisch Verfolgte und menschenwürdigen Umgang mit Asylsuchenden. Im Juni 1996 wurde ein Denkmal vor dem Gebäude des damaligen Verwaltungsgerichts errichtet. Es ist aus hartem Granitstein und zeigt einen kopfüber herunterstürzenden Menschen mit ausgestreckten Armen. Es erinnert neben Cemal Kemal Altun auch an 25 Menschen, die sich seit der Änderung des Grundgesetzes (faktische Abschaffung des Asylrechts) im Jahre 1993 aus Angst vor der Abschiebung umbrachten (tatsächlich waren es mindestens 48 Menschen in den drei Jahren). — Die laute und öffentliche Empörung über in den Tod getriebene Asylsuchende ist schon lange verstummt. Was damals die Menschen auf die Straße trieb, wird heute - wenn überhaupt - höchstens noch zur Kenntnis genommen. Das psychische und physische Sterben von Flüchtlingen gehört schon lange zum Alltag der bundesdeutschen Wirklichkeit.

UNERTRÄGLICHE LEBENSBEDINGUNGEN FÜR FLÜCHTLINGE

Die Möglichkeiten für Flüchtlinge, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden, wurden seit 1983 durch verschärfte Asyl- und Ausländergesetzgebung zunehmend reduziert. Ein Netz

von Gesetzen, eine Armee von Schreibtischtätern und ein Heer von Polizei- und Bundesgrenzschutz-Beamten stehen dem einzelnen Flüchtling gegenüber. Flüchtlinge werden hinter Stacheldrahtzäunen zu Hunderten kaseruiert - mit dem Verbot, den Landkreis zu verlassen (Residenzpflicht). Am Ende des Aufenthaltes in der BRD steht dann die Abschiebung, durchgesetzt mit allen Tricks und vor allem mit Gewalt. — Die Zahl der Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik Asyl beantragten, war 2002 mit 71.127 die niedrigste seit 1987. Zugleich ist die Anerkennungsquote für politisches Asyl von 1,8 Prozent die niedrigste denn je. Das „Kleine Asyl“ (Abschiebeschutz aus politischen oder humanitären Gründen) erhielten nur noch 3,2 Prozent der AntragstellerInnen. Diese „erfreuliche Entwicklung“ (Bundesinnenminister Schily) ist das Ergebnis der immer restriktiver umgesetzten Asylgesetze zum einen und der geschlossenen Grenzen des Landes zum anderen. — Durch Flucht vor Hunger, Krieg und Verfolgung, durch jahrelanges Leiden unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern, durch die ständigen Auseinandersetzungen mit deutschen Behörden und Gesetzen, durch gesetzlich vorgeschriebene Armut und Perspektivlosigkeit, durch lange Zeit zwischen Hoffen und Verzweiflung geraten viele Flüchtlinge in eine psychische Ausnahmesituation. Sie wurden und werden traumatisiert. Erreicht sie dann die Ankündigung der Abschiebung, gibt es für viele nur den Tod, um aus dieser Notlage herauszukommen. — Die Dokumentation „10 Jahre im Rückblick“ mit über 3.000 Einzelschicksalen beschreibt die schlimmsten Auswirkungen des rassistischen Systems dieses Landes auf Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere. — Sie untermauert in ihrer Gesamtheit die Forderungen: **Bleiberecht für alle! Offene Grenzen! Gleiche Rechte für alle!**

EIN BEISPIEL ASYLANTRAG ABGELEHNT, ABGESCHOBEN, ZUM TODE VERURTEILT
Der heute 37 Jahre alte Dozent der Ingenieurwissenschaften Professor Davinder Pal Singh Bhullar wurde am 18. Januar 1995 mit einer Lufthansa-Maschine nach Indien abgeschoben. Am Indira Ghandi International Airport in Neu Dehli erfolgte seine Übergabe durch Lufthansa-Personal an die indische Einwanderungsbehörde. Hier wurde er sofort festgenommen und kam in Untersuchungshaft. — Herrn Bhullar wurde die Beteiligung an einem Bombenattentat vorgeworfen. Unter Folter entstand ein „Geständnis“, das er später widerrief. — Am 24. August 2001 wurde Davinder Pal Singh Bhullar allein aufgrund des erzwungenen „Geständnisses“ zum Tode verurteilt. Die Ergebnisse einer letzt-möglichen Revision und eines Gnadengesuches an den Präsidenten vom 16. Januar 2003 werden täglich erwartet. Bei negativer Entscheidung ist damit zu rechnen, daß die Hinrichtung unmittelbar nach dem Urteil erfolgt. — Davinder Pal Singh Bhullar war vor seiner Flucht aus Indien als Führungsmitglied der Khalistan-Liberation-Force und der Sikh Student Federation politisch aktiv. Ab 1983 war er mehrere Male von der Polizei festgenommen und zum Teil wochenlang mißhandelt worden. Als er 1994 erfuhr, daß sein Vater und sein Onkel umgebracht worden waren, beschloß er, nach Kanada zu fliehen. — Im Frankfurter Flughafen fielen seine gefälschten Papiere auf, und er wurde - diesmal von deutscher Polizei - festgenommen. Er beantragte Asyl, das abgelehnt wurde. — Am 6. Oktober 1997, knapp zwei Jahre nach der Abschiebung, stellte das Frankfurter Verwaltungsgericht rechtskräftig fest, daß die Abschiebung von Davinder Pal Singh Bhullar nicht hätte stattfinden dürfen, weil drohende Folter und Todesstrafe eindeutig Abschiebehindernisse darstellen. — Die Dokumentation ist eine chronologische

Sammlung von Einzelschicksalen, in denen Menschen körperlich, in besonderen Fällen auch seelisch zu Schaden gekommen sind. Diese Menschen sind Flüchtlinge, also Menschen im oder nach einem Asylverfahren oder Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere für die BRD. Menschen, die sich im Lande aufhalten oder aufgehalten haben. _____ Die Zusammenstellung umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor, während und nach Abschiebungen. Sie umfaßt auch Berichte über Fluchtversuche, die deutlich machen, welche lebensbedrohlichen Bedingungen Flüchtlinge auf sich nehmen müssen, um heute in die BRD zu gelangen. Fluchtversuche, die oft nur durch Zufall nicht tödlich für die Flüchtlinge endeten. Diese Zusammenstellung umfaßt Brände in Flüchtlingsunterkünften und Anschläge auf Flüchtlings Sammellager. Die Aufzählung rassistischer Angriffe auf Flüchtlinge auf deutschen Straßen beinhaltet wohl die größte Dunkelziffer. _____ Nicht mit aufgeführt sind die Menschen, die durch Arbeitsverbot, durch Beendigung der Aufenthaltsgenehmigung oder durch Fluchthilfeschulden in sogenannte nicht legale Arbeit gedrängt wurden und dabei zu Tode kamen oder verletzt wurden. So wurden den letzten Jahren mindes-

tens 50 Menschen bei Verteilungskämpfen im Zigarettenhandel getötet (TS 24.4.99).

JANUAR 1993 BIS DEZEMBER 2002

Die Dokumentation umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 2002. _____ In diesem Zeitraum starben mindestens 137 Menschen auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen. Allein 106 Personen starben an den deutschen Ost-Grenzen. 389 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt zum Teil erhebliche Verletzungen, davon 229 an den deutschen Ost-Grenzen (die Angaben für 2002 werden sich noch erhöhen, weil die offiziellen Zahlen des Bundesinnenministeriums noch nicht vorliegen). _____ Von den 102 Flüchtlingen, die beim Grenzübertritt in die BRD durch Maßnahmen der Bundesgrenzschutzbeamten verletzt wurden, geschah das bei 83 Personen durch Bisse von Zoll- und Diensthunden. _____ 111 Menschen töteten sich selbst angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben beim Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. Allein 45 Flüchtlinge starben in Abschiebehaft. Mindestens 387 Flüchtlinge haben sich aus Verzweiflung oder Panik vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten sich umzubringen und überlebten z.T. schwer verletzt. Davon befanden sich 243 Menschen in Abschiebehaft. _____ Während der Ab-

schiebungen starben 5 Flüchtlinge; 206 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt. _____ Abgeschoben in ihre Herkunftsländer kamen 18 Flüchtlinge zu Tode, mindestens 337 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert. Mindestens 44 Menschen verschwanden nach der Abschiebung spurlos. _____ 10 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen in der BRD, mindestens 272 wurden verletzt. _____ Bei Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Bränden in Flüchtlingsheimen starben nach unseren Recherchen mindestens 57 Menschen; mindestens 582 wurden zum Teil erheblich verletzt. _____ Durch rassistische Angriffe auf der Straße starben 11 Flüchtlinge; mindestens 438 Menschen wurden verletzt. •

EIN FAZIT

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen 281 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe starben 68 Flüchtlinge.

BEZUGSQUELLEN Die Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen, 10 Jahre im Rückblick, 1993 bis 2002“ ist bei uns auf Papier (DIN A4, 265 Seiten, Ringbindung) und demnächst auf CD-Rom erhältlich. Preis: EUR 10,00 (bei Versand: plus EUR 1,60 für Porto und Verpackung) _____ Im Netz ab Februar, März unter der Adresse: www.berlinet.de/ari/titel.htm _____ Antirassistische Initiative Berlin, Yorckstraße 5, 10965 Berlin, Telefon: 030.785 72 81, Fax: 030.786 99 84

AUF RUF ZUM 6. ANTIRASSISTISCHEN GRENZCAMP IN KÖLN FÜR DAS RECHT AUF GLOBALE BEWEGUNGSFREIHEIT

Erklärtes Ziel des 6. Antirassistischen Grenzcamp ist es, jeder Form der Migrationspolitik samt ihrer ideologischen Wurzeln eine unmissverständliche und offensive Absage zu erteilen. Statt rassistischer Kontrolle und Ausgrenzung fordern wir das uneingeschränkte Recht auf globale Bewegungsfreiheit. Alle Menschen haben das Recht, sich dort aufzuhalten, wo immer und solange sie möchten! _____ Wir sagen „Nein“ zu sämtlichen Techniken und Strategien globaler Migrationspolitik. Das Camp tritt an gegen rassistische und immer stärker transnational organisierte Kontroll- und Überwachungstechniken, gegen Abschiebe- und Lagerpolitik, gegen die Militarisierung der EU-Außengrenzen, gegen gezielte Illegalisierung und rassistische Abschreckung. _____ Das Camp spricht sich auch gegen Nation und Nationalstaat aus, gegen rassistische und völkische Haltungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und weitere Entrechtungen, denen Flüchtlinge und MigrantInnen besonders stark ausgesetzt sind. Grundsätzlich

geht es dem Camp aber um die Demontage von Herrschaftsverhältnissen insgesamt. _____ Denn kapitalistische, patriarchale und andere Herrschaftsverhältnisse machen nicht nur das Leben von MigrantInnen und Flüchtlingen immer wieder zur Hölle. Nein, sie betreffen alle Menschen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und auf verschiedene Weise: Weltweit werden, ob in der Peripherie oder den reichen Industrieländern, immer mehr Menschen gezwungen, ihre Arbeitskraft zu immer mieseren Bedingungen zu verkaufen. Ein allgemeiner Mobilitäts- und Flexibilitätsterror greift um sich. Mit am meisten betroffen sind Menschen ohne Erwerbsarbeit. Das Grenzcamp begreift sich in diesem Sinne als ein Projekt unter vielen innerhalb des globalen Widerstandes. _____ **Unser Blickwinkel ist antirassistisch, unser Ziel die revolutionäre Globalisierung – eingebettet in die alltägliche Praxis sozialer und emanzipatorischer Basisbewegungen!** _____ Politisches Selbstverständnis des Grenzcamp ist es, immer wieder die inhaltlichen Verbindungslinien

zwischen themenspezifischen Einzel-Aktionen und genereller Kritik an rassistischen und anderen Herrschaftsverhältnissen sichtbar zu machen. _____ Vor diesem Hintergrund gewinnen Projekte wie z.B. die von kanak attak und anderen Gruppen stark gemachte „Legalisierungsoffensive“ ihre spezifische Bedeutung. Denn diese bezieht sich nicht nur auf Menschen ohne Papiere. Vielmehr geht es um sämtliche Varianten rassistischer Illegalisierung, das heißt, um sämtliche Entrechtungen, mit welchen es Flüchtlinge und MigrantInnen zu tun haben – einschließlich der Vielfalt alltäglicher Widerstandsformen dagegen. _____ **In diesem Sinne ein abermaliger Appell: Das Grenzcamp begreift sich als offener Ort. Ob beim Auftaktforum oder auf dem Camp, Debatten um die bestmögliche Verknüpfung der verschiedenen Strategien, Schwerpunktsetzungen und Selbstverständnisse sind ausdrücklich erwünscht!**

KLEINES KÖLN-ABC

Köln liegt am Rhein, knapp 100 km von der

belgisch-niederländischen Grenze entfernt. Gerne präsentiert sich die Stadt als weltoffen und multikulturell. Immerhin haben ca. 20 Prozent der knapp 1 Millionen KölnerInnen einen migrantischen Hintergrund, häufig in 2. oder 3. Generation. Unterm Strich entpuppt sich Köln jedoch als genauso rassistisch wie jede andere Stadt auch. Erwähnt seien nur die gezielte Unterbringung von Flüchtlingen auf Container-Schiffen, die Stigmatisierung bestimmter MigrantInnen-Kinder als kriminelle Gangs durch große Teile der lokalen Presse oder der rechtsradikalen „Bürgerbewegung“ ProKöln. Köln ist desweiteren nicht nur Industrie-, sondern auch Medien- und Wissenschaftsstandort. Die sozialen Gegensätze sind dementsprechend groß. Politisch ist Köln jahrzehntelang in sozialdemokratischer Hand gewesen.

Nach zahlreichen Korruptionsskandalen hat Köln heute als bislang einzige Großstadt in Deutschland eine konservativ-grüne Stadtregierung. AktivistInnen sollten sich auch notieren, dass Köln insbesondere im Sommer zum Tummelplatz für TouristInnen wird – schließlich dürfte sich hieraus so manches Aktionsfeld ergeben.

PRAKTISCHES

JedeR von euch sollte nach Möglichkeit Zelt, Schlafsack und einen Campbeitrag von 10-15 Euro mitbringen. Auf dem Camp wird es einen FrauenLesben-Zeltbereich geben. Fürs Essen sorgen Volksküchen – mit tatkräftiger Unterstützung durch Euch! — Mode-rierte Plena finden täglich statt, und auch warten auf euch ein Infozelt, eine Pressegruppe, eine Willkommensgruppe, ein Inter-

net-Zelt und vieles mehr. Der genaue Ort für die Campwiese steht noch nicht fest. Für das Auftaktforum wird es einen eigenständigen Aufruf geben, inkl. ausführlichem Workshop-Programm und Reader. Das Forum findet voraussichtlich in der Fachhochschule Köln-Deutz statt. Wer einen Workshop o.ä. anbieten möchte, ist herzlich willkommen!

KONTAKT UND NÄHERE INFORMATIONEN

E-Mail: camp03@infoladen.net Camp: www.nadir.org/camp03 Auftaktforum: www.nadir.org/kongress03 Ab 1. Juni sind wir Montags und Donnerstags auch telefonisch zu erreichen: 02 21.9 52 63 67

WEITERE CAMPS IN EUROPA

29.05. bis 03.06. G8-Gipfel in Evian, Frankreich
09.06. bis 15.06. Noborder-Camp in Timisiora, Rumänien
19.06. bis 21.06. EU-Gipfel in Thessaloniki, Griechenland
02.07. bis 05.07. Noborder-Camp in Krynki, Polen
26.07. bis 03.08. Noborder-Camp in Bari, Italien
11.09. bis 14.09. Anti-Lager-Camp in Nürnberg, Deutschld.

AUF DEM SPRUNG NACH EUROPA UNTER INTERNATIONALEM DRUCK VERSCHÄRFT DIE TÜRKEI IHRE MIGRATIONSPOLITIK

JULIANE SCHMIDT

Als in der ersten Woche des Irakkrieges das Gerücht auftauchte, die Türkei habe mehrere tausend Soldaten in den Nordirak entsandt, glaubte man der türkischen Regierung beim politischen Selbstmord zuzusehen: erst ruinierte sie mit der Ablehnung einer Kriegsbeteiligung das traditionell gute Verhältnis zu den USA und schlug damit auch noch mehrere Millionen US-Dollar Wirtschaftshilfe in den Wind. Dann schien sie mit einem militärischen Alleingang die Gunst der EU zu verspielen, aus Angst, im allgemeinen Kriegsgetümmel könnten sich irakische und türkische KurdInnen verbünden und einen unabhängigen Staat fordern. In Deutschland dachte man laut über einen Abzug der Awacs-Flugzeuge nach, aus ganz Europa kamen scharfe Warnungen vor einer Remilitarisierung des Konflikts zwischen türkischer Regierung und Kurden. In der öffentlichen Debatte der Türkei sah man wieder einmal die Verschwörungstheorien bestätigt, nach denen die Türkei nur der Spielball imperialer Strategien der USA oder der Europäischen Union ist. —

Nach einigen Tagen der Spannung präsentierte sich der türkische Außenminister Abdullah Gül dann mit einem versöhnlichen Lächeln der internationalen Presse: türkische Soldaten seien auch unabhängig vom Kriegsgeschehen dauerhaft im Nordirak stationiert. Man habe die Truppenpräsenz nur verstärkt, um zu verhindern, dass hunderttausende irakischer Flüchtlinge unkontrolliert in die Türkei einreisen. Das müsse akzeptiert werden, schließlich bemühten sich doch alle europäischen Staaten, das „Flüchtlingsproblem“ vor Ort zu lösen. — Ein geschickter Schachzug, der die

europäischen Staaten zum Schweigen bringen musste. Denn die Europäer lehnen zwar nachdrücklich den Einmarsch türkischer Soldaten in den Nordirak ab, haben aber auch größtes Interesse daran, dass die Türkei den Flüchtlingen die Einreise verwehrt. Schon seit Mitte der 90er Jahre verfolgt die EU das Ziel, Flüchtlingsbewegungen abzuwehren, bevor sie die Außengrenzen der Union erreichen. In diesem Zusammenhang werden die Beitrittskandidaten unter Druck gesetzt, z.B. ihre Visabestimmungen zu verschärfen. Im Rahmen des so genannten Budapester Prozesses sollen sich darüber hinaus alle Balkanländer an Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr beteiligen. Die türkische Regierung hat diesmal also ausnahmsweise den richtigen Ton getroffen, zumal die Türkei zu jenen Ländern gehört, die ihre Flüchtlingsabwehr im Namen Westeuropas sträflich vernachlässigen und dafür immer wieder von der EU gerügt werden.

HAFEN UND BRÜCKE

Als politisches und geographisches Bindeglied zwischen Europa und Asien kommt der Türkei eine strategisch wichtige Position im Migrationsregime Europas zu. Durch politische und wirtschaftliche Instabilität in beinahe allen angrenzenden Ländern sowie ihre Brückenposition zwischen Westeuropa, Arabien, Asien und Afrika ist die Türkei für MigrantInnen aus unterschiedlichsten Herkunftstaaten und mit verschiedenen Migrationsstrategien attraktiv geworden. Viele MigrantInnen kommen aus Osteuropa, z.B. aus Bulgarien, Moldawien, Russland, Rumänien und Armenien. Die meisten von ihnen pen-

deln mit drei Monate gültigen Touristenvisa als temporäre ArbeitsmigrantInnen in die Türkei und überziehen dann entweder ihren Aufenthalt oder organisieren ihre regelmäßige Rückkehr. Innerhalb zirkulärer Arbeitsmigrationen teilen sich Familienmitglieder im Rhythmus der Visumsfristen inklusive der tolerierten Überschreitung einen Job, damit kein Familienmitglied sein Aufenthaltsrecht derart überzieht, dass eine Wiedereinreise unmöglich wird. Für sie ist die Türkei attraktiv, weil die Einreise legal und darum bei weitem nicht so gefährlich ist wie in einen EU-Staat. Die niedrigen Löhne liegen oft immer noch weit über denen der Herkunftsländer. Auch KurdInnen, die aus der Südosttürkei vertrieben wurden oder aufgrund der schlechten ökonomischen Bedingungen in die Großstädte migrieren, arbeiten auf diesem zweiten Arbeitsmarkt. — Da etwa die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung der Türkei durch informelle Arbeit erbracht wird, ist es relativ leicht für illegalisierte MigrantInnen, Arbeit zu finden. Dabei hat sich ein stark ethnisierter und vergeschlechtlichter Arbeitsmarkt herausgebildet: Moldawierinnen arbeiten im „Caring Business“, betreuen Kinder und ältere Menschen in privaten Haushalten, während Russinnen vor allem als Händlerinnen in der Textilbranche arbeiten oder als Prostituierte. Bulgaren und Rumänen sind vor allem im Baugewerbe tätig und dort sehr beliebt, da sie zumeist besser ausgebildet sind als türkische Handwerker. KurdInnen arbeiten in kleinen Manufakturen als Straßenhändler oder in der Landwirtschaft. — In der Global City Istanbul sind die informellen migrantischen Ökonomien nicht zu

übersehen. Nur eine Unterführung trennt das Vergnügungs- und Shoppingviertel Beyoglu mit seinen Markenboutiquen vom Migrant-Innenviertel Tarlabasi. Hier, jenseits der Unterführung, findet man sich in einer gänzlich anderen Umgebung: zwischen abbruchreifen Häusern hängen Wäscheleinen, Hühner laufen über die Straßen und an der Ecke verkauft ein Mann auf einem selbstgebastelten Grill zubereitete Fleischstücke. Hier befinden sich „sweatshops“ für Textilproduktion in Kellerräumen, Höfe, auf denen Müll verwertet wird, und Hinterzimmer, in denen Radios montiert werden. Um die Bedürfnisse der ArbeitsmigrantInnen herum hat sich eine Infrastruktur gebildet: Waschsalons für die PendlerInnen haben sich etabliert. Wohnungsbesitzer vermieten an die temporären MigrantInnen Wohnungen in halb verfallenen Häusern, in denen sich bis zu zehn Personen ein Zimmer teilen, um die Kosten angesichts der horrenden Mieten niedrig zu halten. Aber auch außerhalb von Vierteln wie Tarlabasi ist die Arbeitsmigration sichtbar, beispielsweise in Form des so genannten „Arbeiterstrichs“ an diversen Straßenecken, wo MigrantInnen darauf warten, von Auftraggebern aufgelesen und kurzfristig beschäftigt zu werden.

_____. Viele der TürkInnen arbeiten genauso informell wie die MigrantInnen. Mit dem Unterschied, dass die migrantische Arbeitskraft wesentlich billiger ist und damit das allgemeine Lohnniveau abzusinken droht. „Ein türkischer Bauarbeiter kann etwa 25 Millionen Türkische Lira (etwa 14 Euro) pro Tag verlangen“, erzählt Hüseyin, der vor zwei Monaten mit seiner Familie aus Diyarbakir nach Istanbul gezogen ist. „Ein Rumäne ist bereit, auch schon für 15 Millionen zu arbeiten.“ Erstaunlicherweise ist dieses Thema kaum rassistisch und ideologisch aufgeladen. „Der Staat muss das Problem lösen, nicht wir“, so Hüseyin, „wie schlecht muss es den Menschen in Rumänien gehen, dass sie diese niedrigen Löhne als Verbesserung ihrer Situation empfinden? Ich kann gut verstehen, dass sie hierher kommen.“

HILFE BEI DER ABSCHOTTUNG

Neben dieser Form der halblegalen Arbeitsmigration kommen je nach politischer und wirtschaftlicher Konjunktur Flüchtlinge aus asiatischen Ländern wie Afghanistan und Pakistan, aus dem arabischen Raum wie Iran oder Irak und aus Afrika, besonders aus Kenia und Nigeria. Der Unterschied zwischen „MigrantInnen“ und „Flüchtlingen“ ist fließend und besteht zumeist nur darin, dass sich erstere legal und letztere zumeist ohne Erlaubnis in der Türkei aufhalten. Die Türkei ist für sie oft nur ein Transitland auf dem Weg nach Europa. Daher halten sie sich nur kurz dort auf; unter Umständen arbeiten sie, um die Weiterreise zu finanzieren. Diese Transitmigration wird häufig von Fluchthelfern organisiert, die eine Reise aus dem Herkunftsland durch die Türkei bis in einen EU-Staat „anbieten“. Einigedieser Menschen

reisen undokumentiert in die Türkei ein, obgleich sie die Möglichkeit hätten, ein Visum zu bekommen. Aber eine legale Einreise würde ihre Chancen auf Asyl in einem europäischen Land stark einschränken: Flüchtlinge, die über „Drittstaaten“ einreisen, gelten nicht mehr als verfolgt. Die Schlepper machen mit ihrer Arbeit ein gutes Geschäft. Wie gefährlich der Versuch einer illegalen Einreise in ein EU-Land ist, ist auch Hüseyin bewusst: „Illegal in ein EU-Land einreisen – das ist Selbstmord“. _____ Trotz der Gefahr, der sie sich damit aussetzen, versuchen immer wieder MigrantInnen von der Türkei aus ohne Papiere in die EU einzureisen. Die Haupttrouten führen entweder direkt nach Griechenland oder mit dem Schiff an die italienische Küste. Nach Beschwerden der italienischen, britischen und griechischen Regierung über Schiffe mit MigrantInnen, die von der Türkei kommend an ihren Küsten strandeten, hat der Europäische Rat auf seinem Gipfeltreffen in Sevilla 2002 die Türkei verwarnet und aufgefordert, illegale Migration in die EU zu unterbinden. Weitere Warnungen kamen von anderer Seite: Die Welthandelsorganisation WTO warf der Türkei vor, sich aufgrund der verbreiteten illegalen und damit billigen Arbeitskraft einen unfairen Wettbewerbsvorteil auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Die International Labor Organization (ILO) prangerte die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der illegalen ArbeitnehmerInnen an. _____ Die mangelnde türkische Migrationskontrolle hat auch die International Organization of Migration (IOM) auf den Plan gerufen. Die IOM ist ein Instrument zwischenstaatlicher Migrationspolitik. Sie hat den Auftrag, für ihre 91 Mitgliedsstaaten, die auch ihre Geldgeber sind, Migrationsbewegungen vorauszusehen, zu begrenzen und zu steuern. Dazu gehört auch die Förderung der Rückkehr von Flüchtlingen, die nicht abgeschoben werden können, die Ausbildung von Grenztruppen zur Bekämpfung illegaler Einwanderung sowie die Koordination des Baus von Grenzanlagen, Flüchtlingslagern und Ausreisezentren. Die IOM ist auch im türkischen Wissenschaftsbetrieb eine wichtige Auftraggeberin. Sie finanziert Studien über die verschiedenen Phänomene irregulärer Migration: Prostitution und irreguläre Arbeit von MigrantInnen, Schlepperrouten nach Europa, informelle MigrantInnennetzwerke etc. Einige der WissenschaftlerInnen fühlen sich bereits von der IOM hintergangen. „Unter der Vorspiegelung, eine Hilfsorganisation für Flüchtlinge zu sein, ködern sie die Forscher“, so eine Migrationsforscherin von der Marmara Universität Istanbul. Sie hat schlechte Erfahrungen mit der IOM gemacht: ihre Studie zu osteuropäischen Prostituierten verkürzte die IOM zu einem Bericht über Frauenhandel. „Die IOM ist unwissenschaftlich und eurozentristisch und ausschließlich an Daten interessiert, die ihre Art der Migrationspolitik stützen.“

MIGRATIONSPOLITISCHE UNENTSCHLOSSENHEIT

Die türkische Regierung hat erst jüngst ihr Interesse an diesem Politikfeld (wieder)entdeckt. Zwar wurde die illegale Migration bereits mit der Öffnung der Grenzen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre in der Türkei thematisiert. Vor allem der „Arbeiterstrich“ der Tagelöhner wurde damals in der Presse skandalisiert. Es gab einige Razzien und eine Geldstrafe von sechs Milliarden Lira für illegale Beschäftigung wurde eingeführt. Doch diese Strafe musste bisher noch nie bezahlt werden, die beschuldigten Arbeitgeber konnten sich stets herausreden. Es blieb unklar, wie strikt die Beschäftigung illegalisierter MigrantInnen tatsächlich verfolgt wurde: schließlich waren die russischen Händlerinnen und rumänischen Bauarbeiter zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. 1998 wurde das Thema von der Wirtschaftskrise verdrängt.

_____ Erst im Jahr 2000 wurde die „illegale Migration“ nach den Warnungen der EU wieder thematisiert. Die türkische Regierung definierte erstmals Migration als Problem der eigenen Politik: „Ivan nimmt Mehmet das Brot weg“, so der damalige türkische Arbeitsminister. Die ökonomische Krise hatte zur Verdoppelung der ohnehin schon hohen Arbeitslosigkeit geführt. _____ Im August 2002 – also noch unter der Regierungskoalition aus Nationalliberalen (ANAP), Linksnationalen (ESP) und Faschisten (MHP) – trat ein neues Gesetz in Kraft, das eine härtere Bestrafung von Schleppern vorsieht. Bisher hatte es keinen Straftatbestand des Menschen schmuggels gegeben. „Trafficking“, wie es im Jargon der Migrationspolitiker heißt, wurde einfach als Teil der organisierten Kriminalität eingeordnet und bekämpft. Das bedeutete auch, dass die Opfer dieses Verbrechens bzw. die Kunden dieser Dienstleistung nur wenig berücksichtigt wurden. Mit dem neuen Gesetz hat sich das nur unwesentlich verändert, die Strafen allerdings haben sich erhöht. _____ Ansonsten folgt der Umgang mit undokumentierten MigrantInnen keiner festen Regel. Werden illegale MigrantInnen aufgegriffen, werden sie häufig in Busse verfrachtet und von der Polizei an die Grenze ihrer Herkunftsländer gebracht oder in die Länder abgeschoben, über die sie in die Türkei eingereist sind. Dies gilt nicht für afrikanische Flüchtlinge, die mit dem Flugzeug einreisen: sie abzuschieben ist zu kostspielig. Darum werden sie häufig über längere Zeit inhaftiert und dann, weil man nicht weiß, wie man mit ihnen verfahren soll, wieder freigelassen.

WECHSEL DER FLUCHTRICHTUNG

Obwohl es Razzien und Abschiebungen gibt, leben und arbeiten „illegale“ Flüchtlinge in manchen Stadtteilen Istanbuls recht offen. Saban vom Istanbuler Menschenrechtsverein (IHD) erklärt das so: „Das Geschäft mit den Flüchtlingen, die illegal einreisen, ist sehr gewinnträchtig. Es gibt enge Verbindungen

zwischen Schleppern und Teilen der Polizei, die finanziell davon profitieren, wenn sie beide Augen zudrücken. Außerdem ist die türkische Regierung nicht besonders engagiert, die illegale Migration zu unterbinden. Die Flüchtlinge sind zwar in der Türkei unerwünscht, sie abzuschicken ist aber zu teuer. Darum hofft man, dass die Flüchtlinge das Problem selber lösen – indem sie nach Europa weiterwandern.“ Aber nicht immer folgt der polizeiliche Umgang mit Flüchtlingen rationalem Kalkül. „Seht euch diese Straße an, seit mehreren Monaten ist das Pflaster aufgerissen. Es ist weder der Wunsch der Stadtverwaltung, dass das so ist, noch unternimmt jemand etwas dagegen. Ähnlich ist es mit der staatlichen Migrationspolitik.“ _____ Die neue, seit November 2002 amtierende Regierung kündigte bei ihrem Amtsantritt zwei migrationspolitische Maßnahmen an: die Einhaltung aller von

der EU geforderten Grenzkontrollen, um die illegale Migration zu beschränken, sowie die Erweiterung des Asylgesetzes. Denn in der Türkei wird die Genfer Flüchtlingskonvention nur auf westeuropäische Flüchtlinge angewandt. Das entsprechende Gesetz stammt aus den 30er Jahren und wurde damals eigens für die vor dem europäischen Faschismus Flüchtenden eingeführt. Nun, da die Fluchtrichtung gewechselt hat, führt es zu einer faktischen Gesetzeslücke. MenschenrechtlerInnen erwarten, dass die Regierung sich um eine Erweiterung des Asylrechts auf einen größeren Personenkreis bemühen wird, da hier dringender Handlungsbedarf besteht. _____ Offen bleibt, wie sich das auswirken wird: Entweder wird die Türkei beim nächsten politischen Konflikt innerhalb ihrer Nachbarländer die Grenzkontrolle weit vehementer betreiben, als sie das im März im Nordirak getan hat.

Oder alles bleibt wie zuvor, da die Türkei weder Geld hat, um ihre Grenzanlagen zu verbessern, noch die „Illegalen“ genug fürchtet, um sie effektiv abwehren zu wollen. Bleibt die Frage, ob eine Ausweitung des Asyls auf weitere Personengruppen überhaupt etwas an der derzeitigen Situation verändern würde. Um das beurteilen zu können, heißt es abwarten, wie sich zukünftige Flüchtlinge entscheiden werden: ob sie Asyl in der Türkei ersuchen oder doch lieber den Transit nach Europa wagen. ●

ANMERKUNG Die ungekürzte Originalfassung erscheint in der Zeitschrift iz3w, Nr. 270 (Juli, August 2003). Internet: www.iz3w.org

JULIANE SCHMIDT ist Migrationssoziologin und lebt in Göttingen. Der Artikel entstand im Rahmen einer Forschungsreise des interdisziplinären und transeuropäischen Forschungs- und Filmprojekts „Trans it! migrations“, das am Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie in Frankfurt/M. angesiedelt ist.



EINLEITUNG: ALTER ZIGEUNER

Heute leben in der Bundesrepublik nach verschiedenen Schätzungen etwa 80 – 120.000 Sinti und Roma, die landläufig und in der Regel diskriminierend als „Zigeuner“ und von den Behörden vorurteilsvoll mit dem alten Nazibegriff als „Landfahrer“ bezeichnet werden. Sinti wanderten erstmals im 15. Jahrhundert nach Deutschland ein; außerhalb des deutschsprachigen Raumes ist der Sammelbegriff Roma. Im deutschen Sprachraum wird der Begriff Roma für alle verwendet, die in der zweiten Hälfte des 19. und 20. Jahrhunderts aus Südost- nach Mitteleuropa kamen. Die Sinti und Roma lehnen die pejorativ verwendete Fremdbezeichnung „Zigeuner“ größtenteils ab, weil sie alle Stereotype und Klischees in sich birgt und transportiert, mit denen die jahrhundertelange Verfolgung bis hin zum Völkermord gerechtfertigt wurde. _____ Der Begriff Antiziganismus ist ein Neologismus, der die Feindschaft gegenüber Roma und Sinti auf einen Begriff bringt. Er wurde erst in den letzten 25 Jahren entwickelt und existiert sowohl im Englischen (Antigypsism), Französischen (l'Antitsiganisme) und Deutschen. Obwohl mittlerweile auch Roma und Sinti diesen Begriff benutzen, handelt es sich um einen Neologismus, der von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft geprägt wurde – und nicht von den Roma und Sinti selbst. Antiziganismus wurde im Gegensatz zum Antisemitismus niemals in Frage gestellt, er gehörte immer zum kulturellen Code der Mehrheitsgesellschaft. Deshalb ist er im heutigen Deutschland dreimal so weit verbreitet wie der Antisemitismus. _____ Im Gegensatz zum Antisemitismus steht die Erforschung der Entstehung und Entwicklung des Antiziganismus noch in den Anfängen. Im Unterschied zur „Tsiganologie“ oder „Zigeunerforschung“, die die Roma und Sinti zum Sozialobjekt der Forschungen macht und an rassistische Forschungen aus dem 20. Jahrhundert anknüpft, befasst sich die Antiziganismusforschung mit den Vorurteilen der Mehrheit über die von ihr so genannten „Zigeuner“. _____ Eine Auseinandersetzung mit dieser Variante des Rassismus ist wichtiger denn je. Nach Umfragen Ende der 90er Jahre haben zwei Drittel aller Deutschen starke Vorbehalte gegenüber Roma und Sinti. In den Medien und im Alltagsbewusstsein werden Stereotypen über „Zigeuner“ immer neu reproduziert. Die Umstände ihres Lebens werden einerseits romantisiert, sie erscheinen sagenhaft – Lagerfeuer, Musik, tanzende Frauen, Wahrsagerinnen. Auf der anderen Seite gibt es das Bild des durchtriebenen, mit schier unbegrenzter krimineller Energie versehenen Zigeuners. Die Wahrnehmung von Roma und Sinti, die in diesem Zigeunerbild konstruiert werden, wurde schon seit der Entstehung des Antiziganismus im 15. Jahrhundert von diesen beiden Stereotypen bestimmt. Über kein anderes Volk wissen die Deutschen so wenig und doch soviel Negatives wie über die Roma und Sinti, die seit 600 Jahren hier leben. Wie kommt es, dass Antiziganismus so ungebrochen tradiert wird? _____ Antworten darauf liefert sowohl Wolfgang Wippermann, der im Interview Antiziganismus als Problem der Mehrheitsgesellschaft analysiert, sowie Christina Kalkuhl, die sich in ihren Beiträgen über antiziganistische Bilder in Lied, Film und Kultur auseinandersetzt. Wilhelm Solms beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem Nutzen einer vergleichenden Antisemitismus-/Antiziganismusforschung. _____ Einen kurzen Abriss der Verfolgungsgeschichte der Roma und Sinti in Deutschland liefert uns Jana Sepelt; Richard Wagner skizziert die Situation der Roma im Rumänien Ceaucescus bis heute. Zur aktuellen Situation der Roma und Sinti, die als Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien lange hier lebten und im Dezember einen Abschiebestopp erwirkten, schreibt Andreas Nowak. Zur Abschiebung der Roma und Sinti aus Großbritannien in sogenannte „Weiße-Liste-Länder“ steuerte Saleh Mamon einen Überblick über die Bedingungen in den Herkunftsländern bei. _____ Abschließend nur eins – wir sind keine „Tsiganologen“ und haben auch keine Tendenzen zu dieser, für die Tradierung von Stereotypen anfällige Forschungsrichtung der Ethnologie. Die Auswahl der Schwerpunktartikel verdeutlicht das hoffentlich.

600 JAHRE ROMA UND SINTI IN DEUTSCHLAND

DIE GESCHICHTE EINER VERFOLGUNG

JANA SEPPELT, ZAG

Die Sinti und Roma wurden Jahrhunderte hindurch abgelehnt und verfolgt, sie mussten nach dem Krieg Jahrzehnte um ihre Anerkennung als Opfer des nationalsozialistischen Völkermords kämpfen und stoßen bis heute überwiegend auf Misstrauen und Ablehnung. _____ Als die Sinti Anfang des 15. Jahrhunderts in Deutschland einwanderten, waren sie – obwohl das zeitgenössische Urteil über sie nicht besonders gut ausfiel – noch keinen Verfolgungen ausgesetzt. Dies änderte sich jedoch, als die Reichsfürsten und Reichsbischöfe nach dem Fall von Konstantinopel den Feldzug gegen die Türken vorbereiteten. Auf dem Freiburger Reichstag von 1498 bezeichneten sie die Sinti als „Spione der Türken“ und „Feinde der Christenheit“ und erklärten sie für vogelfrei. Diese Vogelfrei-Erklärung ist beispiellos in der deutschen Rechtsgeschichte. Maßgebend dafür war die Angst vor den Türken, die am Ausgang des 15. Jahrhunderts geradezu hysterisch anmutende Ausmaße annahm. Zur Durchsetzung dieses Reichstagsbeschlusses wurden von den Landesfürsten sogenannte „Zigeunergesetze“ erlassen, in denen den Sinti bei Androhung von Leibesstrafen, die vom Verprügeln über das Brandmarken bis zum Hängen reichten, jeglicher Aufenthalt in den betreffenden Territorien untersagt wurde. Sie wurden überall vertrieben und dadurch gezwungen, als recht- und besitzlose Fahrende zu vegetieren. _____ Bald hatten die weltlichen und geistlichen Obrigkeiten keine Zeit und Gele-

genheit mehr, sich intensiv mit der „Zigeunerfrage“ zu befassen. Während des Dreißigjährigen Krieges, der den Sinti zynischerweise zugute kam, verdingten sich viele als Söldner, einige sogar als Offiziere. Nach dem Ende dieser kriegerischen Zeiten verschlechterte sich ihre Lage jedoch rapide. Mit dem Ende 17. Jahrhunderts wurden sie zunehmend kriminalisiert, verteufelt, verfolgt und in großer Zahl hingerichtet. Diese Verfolgungen sind ganz offensichtlich durch das antiziganistische „Zigeunerbild“ begründet und vorbereitet worden, welches verschiedene Chronisten wie Stumpf und Thomasius in den damals erscheinenden Geschichtsbüchern und Chroniken verbreiteten. In diesen Büchern wimmelt es von massiven religiösen Vorurteilen. So wurden Roma und Sinti mannigfaltige übernatürliche Fähigkeiten unterstellt, außerdem galten sie als verantwortlich für alle möglichen Krankheiten und Katastrophen. Durch ihr erzwungenes „Herumfahren“ verstießen sie außerdem gegen die protestantische Arbeitsethik, was ihnen allerhand Verurteilungen als Müßiggänger, Diebe und Räuber einbrachte. _____ Im 18. Jahrhundert versuchte man im Kontext humanitärer Ideen, Sinti sesshaft zu machen. Ziel war die „Erziehung der Zigeuner“ und ihre Integration in die bürgerliche Gesellschaft. Aufklärer wie Christian Wilhelm von Dohm oder Johann Rüdiger kritisierten die bisherige „Zigeunerpolitik“ und setzten sich in ihren Schriften für eine vorurteilsfreie Sicht auf die „Zigeu-

Scheitern solcher Erziehungsprojekte trug dazu bei, dass sich die These von der vererbten „rassisch“ bedingten Minderwertigkeit und Unverbesserlichkeit der Zigeuner durchsetzte. Dieses Bild wurde durch die Kriminalbiologie, die in den Roma und Sinti schlicht eine „Rasse von Verbrechern“ sah, noch verschärft. ——— Seit Beginn des Kaiserreichs ging es dem deutschen Staat weniger um die Integration als um die Ausgrenzung der Sinti und Roma, was sich auch in der Weimarer Republik fortsetzte. Alle in Deutschland lebenden Sinti und Roma sollten polizeilich erfasst werden, ihre „zigeunerische Eigenschaft“ wurde in Pässen und Ausweispapieren vermerkt.

Zudem wurden zahlreiche Einschränkungen erlassen, die neben der Berufsausübung und Bewegungsfreiheit auch das elterliche Erziehungsrecht umfassten. Schließlich wurden „Arbeitsanstalten“ errichtet, in denen Sinti und Roma, die keinen Nachweis einer geregelten Arbeit erbringen konnten, Zwangsarbeiten verrichten mussten.

Sinti und Roma waren damit auch schon in der Zeit vor dem Nationalsozialismus eine Bevölkerungsgruppe, die aus primär rassistischen Gründen diskriminiert, entrechtet und überwacht wurde. ——— Im Nationalsozialismus wurden die Einschränkungen weiter ausgeweitet.

Die „Nürnberger Rassegesetze“ von 1935 zielten in erster Linie gegen die Juden, galten aber von Anfang an auch für Roma und Sinti. Seit 1936 errichtete das Reich verstärkt „Zigeunerlager“, oder baute vorhandene aus. In einem 1938 veröffentlichten Erlass forderte Himmler dazu auf, „die Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus in Angriff zu nehmen“, also sie zu vernichten. Doch dazu benötigten die Kriminalpolizisten der „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ die Hilfe der „Rassenhygienischen und Erbbiologischen Forschungsstelle im Reichsgesundheitsamt“ unter der Leitung des Wissenschaftlers Robert Ritter. Ritter sollte durch seine „rassenbiologischen Forschungen“ alle deutschen Roma und Sinti erfassen und klassifizieren. Zu diesem Zweck führte das Institut umfangreiche Untersuchungen durch, wobei sie von staatlichen Behörden und den Kirchen (durch Herausgabe der Kirchenbücher) bereitwillig unterstützt wurden. Die so erfolgte Erfassung der 30.000 deutschen Sinti und Roma war Voraussetzung der weiteren Verfolgung und Vernichtung. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion erhielten die „Einsatztruppen“ der Wehrmacht im August 1941 den Befehl, „Juden, Zigeuner und kommunistische Funktionäre“ zu erschießen. Im Dezember 1942 ordnete Himmler die Deportation der Sinti und Roma nach Auschwitz an. Insgesamt, so wird von den Historikern geschätzt, fielen 500.000 Sinti und Roma dem Holocaust zum Opfer. ——— Die wenigen, die Auschwitz überlebt hatten, wurden in ihren ehemaligen Wohnorten nicht gut aufgenommen und betreut, Ortsfremde mussten weiterziehen, und den meisten wurde die Anerkennung und Entschädigung als rassistisch Verfolgte verweigert. Im Nachkriegsdeutschland hielten es weder die Siegermächte, noch die besiegten Deutschen für notwendig, den Antiziganismus und den Völkermord an Roma und Sinti zu thematisieren. In der BRD wurden die Verfolger vielmehr in „Zigeunerpolizeistellen“, die jetzt in „Landfahrerzentralen“ umgetauft wurden, weiter beschäftigt. Diese bemerkenswerte personelle Kontinuität wurde kaum wahrgenommen, geschweige denn kritisiert. „Wiedergutmachung“ wurde den Roma und Sinti durch Gesetz jahrelang verwehrt, vielmehr wurden alle Maßnahmen gegen sie als „Asoziale“ bis in die 60er Jahre von Rechts wegen gebilligt. ——— Dieser Zustand der Ausblendung der deutschen Vergangenheit und Missachtung änderte sich erst in den achtziger Jahren, als die Sinti und Roma begannen, sich selbst zu organisieren und für ihre Rechte zu kämpfen. Doch noch immer ist die Ignoranz gegenüber Antiziganismus und seinen Ausmaßen groß. Heute sollen Roma-Flüchtlinge, die 1999 unter den Augen der KFOR von der albanischen UÇK aus dem Kosova vertrieben wurden, aus Deutschland abgeschoben werden. Damit werden sie ihren Verfolgern wieder ausgeliefert.

ner“ ein, es gab einen wirklich aufklärerischen Diskurs über die Sinti und Roma, der zu ihrer „Emanzipation“ hätte führen können. ——— Doch dazu ist es nicht gekommen. Wesentlich verantwortlich dafür war der Göttinger Historiker Grellmann, der in seinen Schriften alle bekannten antiziganistischen Vorurteile übernahm und durch neue ergänzte. Er war der erste, der den Rassegedanken auf die „Zigeuner“ anwandte; er erklärte sie zu einem „orientalischen Volk“, dessen negative Eigenschaften herkunftsbedingt seien. Grellmann beeinflusste den weiteren Diskurs über die „Zigeunerfrage“ entscheidend; zum einen klassifizierte er die Sinti als minderwertiges, weil „orientalisches Volk“, zum anderen „rassisierte“ er die bisherigen Vorurteile und Stereotypen. Auch die Romantiker trugen mit ihrem – allerdings romantisierten, exotisierenden – „Zigeunerbild“ zur Verbreitung der „rassisierten“ Vorurteile bei. ——— Dieser wieder aufkommende Antiziganismus verhinderte eine Emanzipation der Sinti und Roma. Zwar gab es in Deutschland vereinzelte Erziehungsprojekte wie in Friedrichslohra bei Nordhausen, die aber aufgrund von Zwangsmaßnahmen wie einer gewaltsamen Trennung der Kinder von den Eltern oder Zwangsarbeit und fehlenden Perspektiven den Widerstand der Roma und Sinti provozierten und somit scheiterten. Generell gingen die Behörden dazu über, Zwangsmaßnahmen gegen die Sinti anzuwenden, um sie sesshaft zu machen. ——— Das hausgemachte

INFORMATIONEN AUS Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg: Zwischen Romantisierung und Rassismus, Sinti und Roma – 600 Jahre in Deutschland, im Internet: www.lpb.bwue.de ——— Wolfgang Wippermann: „Wie die Zigeuner.“, Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Berlin, Elefanten Press, 1997 ——— Unterlagen der Gesellschaft für Antiziganismusforschung e.V., Internet: www.antiziganismus.de

ANTIZIGANISMUS, EIN PROBLEM DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT!

EIN INTERVIEW MIT WOLFGANG WIPPERMANN

JANA SEPPELT UND ALBERT ZECHERU, ZAG

Wolfgang Wippermann, geboren 1945 in Bremerhaven. Studium der Geschichte, Germanistik und Politischen Wissenschaft in Göttingen und Marburg. Professor für neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin. Gastprofessuren in Österreich, China und den USA. Zahlreiche Publikationen über die deutsch-polnischen Beziehungen sowie über Bonapartismus, Faschismus, Antisemitismus und Antiziganismus. _____ Zuletzt erschienen:

„Wie die Zigeuner.“ Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Berlin 1997; Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse, Berlin 1997; Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus, Berlin 1998; Konzentrationslager. Geschichte, Nachgeschichte, Gedenken, Berlin 1999, zusammen mit Werner Loh (Hg.), „Faschismus“ kontrovers, Stuttgart 2002.

ZAG Herr Wippermann, Zigeuner einerseits, Roma und Sinti andererseits. Sind dies zwei Varianten mit gleichem Inhalt? **WIPPERMANN** Mit der – negativ konnotieren – Fremdbezeichnung „Zigeuner“ und der – in Deutschland verwandten – Selbstbezeichnung „Sinti und Roma“ wird ein Volk bezeichnet, das ursprünglich aus Indien stammt und über Persien und die heutige Türkei im 13. Jahrhundert nach Europa eingewandert ist. Ähnlich wie das deutsche Volk zerfällt es in verschiedene Stämme. Angehörige des Stammes der „Sinti“ sind bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts nach Deutschland (bzw. in das damalige „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“) gelangt. _____ Seit dem 19. Jahrhundert kamen noch „Roma“ aus Südosteuropa hinzu. Dies erklärt den in Deutschland verwandten Doppelbegriff der „Sinti und Roma“. In anderen Ländern wird das gesamte Volk als „Roma“ bezeichnet. Zu Verdeutlichung kann man sagen, dass „Sinti und Roma“ so etwas ist wie Bayern (oder: Hessen; Sachsen, Westfalen etc.) und Deutsche.

ZAG Findet das Wort „Zigeuner“ in der Öffentlichkeit eigentlich noch Verwendung? **WIPPERMANN** Leider wird die, wie gesagt, negativ konnotierte Fremdbezeichnung „Zigeuner“ immer noch in der Öffentlichkeit verwandt. Dies geschieht keineswegs nur aus Unkenntnis und weil dies über Jahrhunderte so üblich war, sondern in der bewussten Absicht, die Sinti und Roma zu diffamieren, weil sie – so die sprachlich falsche Ableitung des Begriffs – „Zieh-Gauner“ seien.

ZAG Unter dem Begriff „Zigeuner“ wird eine bestimmte Gesellschaftsgruppe subsumiert, der eine ihr immanente homogene Kultur zugeschrieben wird. Was sind historisch überhaupt „Zigeuner“? **WIPPERMANN** Die Sinti und Roma gehören nicht zu einer „bestimmten Gesellschaftsgruppe“, sondern zu einem Volk, das über eine gemeinsame Sprache – das Romanes – und eine spezifische Kultur verfügt. Beides – Sprache wie Kultur – sind aber keineswegs „homogen“, weil die Roma sprachliche und kulturelle Elemente der Völker übernommen haben, unter denen sie lebten und leben. Uneinheitlich ist auch die Religion. Es gibt – so in Deutschland – sowohl Katholiken

wie Protestanten wie – so in Osteuropa – Orthodoxe und auf dem Balkan auch Muslime. Große Unterschiede gibt es auch im Hinblick auf das Nationalbewusstsein. Einige Roma sehen sich primär oder gar ausschließlich als Angehörige eines Volkes, andere dagegen als nationale Minderheit. Letzteres ist etwa in Deutschland der Fall, wo die Sinti und Roma seit 1995 wie die Dänen und Friesen in Schleswig-Holstein und die Sorben in der Lausitz als nationale Minderheit anerkannt sind. Dies entspricht auch dem Selbstverständnis ihrer Interessenvertretung, die sich bewusst „Zentralrat deutscher Sinti und Roma“ nennt. Insgesamt ist der Prozess der Nationsbildung bei den Roma noch nicht abgeschlossen. Es ist sogar möglich, dass sie ihn niemals beenden oder gar einfach überspringen werden.

ZAG Das Stereotyp, das sich hinter dem Begriff „Zigeuner“ verbirgt, hält sich hartnäckig seit Jahrhunderten aufrecht. Mit den Worten von W. D. Hund lässt es sich gut mit den drei Adjektiven fremd, faul und frei umschreiben. Woher rührt die Beständigkeit dieses Stereotyps? **WIPPERMANN** Nach den letzten vorliegenden Umfragen sind zwischen 64 und 68 Prozent der deutschen Mehrheitsgesellschaft antiziganistisch eingestellt. Früher, als derartige Umfragen noch nicht durchgeführt worden sind, werden es noch mehr gewesen sein. Antiziganismus ist das am tiefsten verwurzelte und am weitesten verbreitete Vorurteil überhaupt. Über kein Volk wissen die Deutschen so wenig und zugleich so viel Vorurteilhaftes wie über die Roma. Um dies zu verstehen, muss man etwas weiter ausholen. Ähnlich wie der Antisemitismus setzt sich der Antiziganismus aus religiösen, sozialen und rassistischen Vorurteilen zusammen. Juden und Roma wurde und wird einmal eine enge Beziehung zum Teufel unterstellt. Juden gelten nach Johannes 8, 44 als „Teufelskinder“. Roma hätten mit dem Teufel ihre – angeblich – schwarze Haut – und Gesichtsfarbe gemein und von ihm ihre – ebenfalls angeblichen – magischen Fähigkeiten erworben. Während Juden direkt für den Tod von Jesus Christus verantwortlich gewesen sein sollen, wurde Roma unterstellt, die Nägel, und zwar besonders spitze, für das Kreuz geschmiedet zu haben. Eine weitere Schuld hätten sie deshalb auf sich geladen, weil sie die

Heilige Familie auf ihrer Flucht nach Ägypten nicht beherbergt hätten. Zu diesen religiösen kamen und kommen die sozialen Vorurteile. Auch hier gab es zumindest Parallelen zwischen Antisemitismus und Antiziganismus. Juden wie Sinti und Roma galten zumindest noch in der frühen Neuzeit als fremd, faul und sozial nicht angepasst. Dieser Vorwurf wurde auch noch den im 19. Jahrhundert aus dem Osten nach Deutschland eingewanderten sogenannten „Ostjuden“ gemacht. Die inzwischen akkulturierten und emanzipierten deutschen Juden galten dagegen als zu angepasst, zu reich und zu mächtig. Anders dagegen die Sinti und Roma. Ihnen wurde und wird zum Teil noch häufig vorgeworfen, sich nicht anpassen zu wollen. Tatsächlich war es genau umgekehrt. Die Sesshaftmachung der Sinti und Roma wurde bewusst verhindert. Dennoch schafften es immer mehr von ihnen, und heute sind wirklich alle deutschen Sinti und Roma sesshaft. Was schließlich die rassistischen Bestandteile von Antisemitismus und Antiziganismus angeht, so gibt es eine weitgehende Kongruenz. Juden wie Roma galten nämlich als Angehörige einer „fremden“ und „minderwertigen Rasse“, weshalb Juden wie Roma in der NS-Zeit auch aus vergleichbaren rassistischen Motiven ermordet wurden. Doch dieses Faktum wurde nach 1945 geleugnet. Dies ist ein weiterer und vermutlich sogar der entscheidende Grund, dass die antiziganistischen Vorurteile nach 1945 bruchlos tradiert und teilweise sogar noch radikalisiert wurden.

ZAG Nicht nur einige Ethnologen möchten den Begriff „Zigeuner“, schlicht als Bezeichnung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, wertfrei verstanden wissen. Ist dies ihrer Meinung nach überhaupt möglich? **WIPPERMANN** Wenn einige Ethnologen, Soziologen und selbsternannte „Tsiganologen“ in den Sinti und Roma eine gesellschaftliche „Randgruppe“ und kein Volk oder nationale Minderheit sehen wollen, so ist dies erstens falsch und zweitens antiziganistisch motiviert.

ZAG Spätestens seit den „Studien zum autoritären Charakter“ wissen wir, dass antisemitische Einstellungen nichts mit Juden zu tun haben, dagegen aber sehr viel mit denen, die sie äußern. Gilt dies auch für

antiziganistische Einstellungen? **WIPPERMANN** Antiziganismus, Antisemitismus und Rassismus generell sind bei Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft anzutreffen, ausschließlich hier entstanden und daher auch ein Problem nicht der jeweiligen Minderheit, sondern der Mehrheitsgesellschaft.

ZAG Vermutlich müssten wir uns „auf der Straße“ nicht lange umhören, um eine Vorstellung von gängigen stereotypen Bildern des „Zigeuners an sich“ zu erhalten, die evtl. durch jeweils persönliche Erfahrungen belegt werden könnten. Gibt es ihrer Meinung nach Möglichkeiten solche „empirisch belegten“ rassistischen Vorurteile aufzulösen? **WIPPERMANN** Grundsätzlich ja! Doch dies kann nur durch eine Veränderung der Perspektive geschehen, denn wir, die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft und nicht die Sinti und Roma müssen unsere antiziganistischen Vorurteile überwinden. Dies setzt Kenntnisse voraus, wann, wie und warum diese Vorurteile entstanden sind. Doch daran mangelt es. Im Unterschied etwa zum Antisemitismus steht die Erforschung der Geschichte, Funktion und Wirkung des Antiziganismus erst am Anfang. Innerhalb der Schule und der Politischen Bildung wird das Thema nach wie vor so gut wie gar nicht behandelt. Doch Aufklärung (worüber noch viel mehr zu sagen wäre) allein reicht nicht. Notwendig ist ferner die Kritik und Tabuisierung der antiziganistischen Vorurteile in Politik, Gesellschaft und vor allem den Medien, wo die Sinti und Roma nach wie vor meist nur negativ als „Zigeuner“ wahrgenommen werden. All dies hat auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft zu geschehen. Darüber hinaus ist die Tätigkeit der Sinti und Roma und ihrer Repräsentanten im Bereich ihrer Bürgerrechts- und Kulturarbeit zu unterstützen. Ihre grundsätzliche Anerkennung als nationale Minderheit ist zwar erfolgt, aber noch längst nicht umgesetzt worden. Sie müssen weitere Unterstützung für ihre kulturelle, schulische und soziale Arbeit erhalten. Am wichtigsten erscheint mir persönlich jedoch die Anerkennung der Tatsache zu sein, dass an dem Volk der Roma ein rassistisch motivierter Völkermord verübt worden ist, für den das Kollektiv der deutschen Täter die historische und moralische Verantwortung trägt.

ANTISEMITISMUS UND ANTIZIGANISMUS

EIN BEDENKLICHER VERGLEICH

WILHELM SOLMS

JEDERMANN ERLEICHTERT SICH DURCH VERGLEICHUNG DAS URTEIL, ABER MAN ERSCHWERT SICH'S AUCH ... EIN VERGLEICHENDES URTEIL (WIRD) IMMER UNPASSENDER, JE GENAUER MAN ES BETRACHTET. JOHANN WOLFGANG GOETHE

Ein Vergleich zwischen den Juden auf der einen und den Sinti und Roma auf der anderen Seite ist von vornherein unpassend, da sich beide Ethnien nach Herkunft, Sprache, Religion, Sitten und Kultur, also nach allem, was die Identität eines Volks ausmacht, voneinander unterscheiden. Nachdem beide aus ihren Herkunftsländern – Israel und Indien – vertrieben worden und – die Juden im 9., die Sinti im 15. und die Roma gegen Ende des 19. Jahrhunderts – in Deutschland eingewandert waren, begann die Geschichte ihrer Ausgrenzung und Verfolgung durch den deutschen Staat, die im Völkermord ihren Höhepunkt erreichte und bei den Sinti und Roma bis heute anhält. Die Feindschaft gegenüber den Juden und den „Zigeunern“, der Antisemitismus und der Antiziganismus, ist dagegen durchaus vergleichbar. Ihr Vergleich wird allerdings unpassend, wenn man in der Absicht, für die Sinti und Roma oder für die Juden Partei zu nehmen, den Antiziganismus mit dem Antisemitismus gleichsetzt oder jede Gemeinsamkeit bestreitet. Dies soll an je einem Beispiel für die Verfolgungsgeschichte vor, während und nach dem Dritten Reich gezeigt werden.

BILDER VON JUDEN UND „ZIGEUNERN“ IN DER FRÜHEN NEUZEIT

Wolfgang Wippermann hat in seinem Buch „Wie die Zigeuner. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich“ (1997) als erster die Verfolgungsgeschichte der Juden und der „Zigeuner“ in Deutschland verglichen. Er hat schon in den ältesten Darstellungen beider Volksgruppen gemeinsame Züge entdeckt. _____ Beispielsweise dürfte bei der Geschichte vom verweigerten Nachtquartier,¹ wie Wippermann vermutet, die Legende von Ahasver, dem „Ewigen Juden“, Pate gestanden haben, der Jesus von seiner Tür verwiesen haben und seither ruhelos umherirren soll. Dagegen wurde die antijüdische Legende vom Ritualmord von Thomasius (1652) sicher nicht auf die Sinti übertragen. Denn die Erzählungen vom Kinderraub handeln nicht von Knaben, sondern von Mädchen, sie finden in der Regel ein gutes Ende und lassen sich bis zu Cervantes (1613) zurückverfolgen. _____ Auch die Sinti wurden in einigen Schriften verdächtigt, „Teufelsbeschwörer“ zu sein, und einmal, in Dresden, deswegen hingerichtet, sie blieben aber von Pogromen und Hexenprozessen verschont. _____ Martin Luther hat 1543 in zwei Schriften gegen die Juden sowohl alte antijüdische Vorwürfe („des Teufels Kinder“, Brunnenvergifter, Kindermörder) als auch antiziganistische Vorwürfe (Zusammenrottung „aller losen bösen Buben“, Verkundschafter der Länder) willkürlich aufeinander gehäuft. _____ Die Ähnlichkeit der Juden- und „Zigeuner“-bilder beruht also darauf, dass ihre Bestandteile von einer Ethnie auf die andere übertragen wurden. Und diese Übertragung geschah in der Absicht, die Verfolgung beider Gruppen zu rechtfertigen.

FORTGESETZTE VERFOLGUNG

In den nächsten Jahrhunderten wurde der Antijudaismus vom Antiziganismus, wie Wippermann nachweist, „an Radikalität“ weit übertroffen. Die Juden wurden seit der frühen Neuzeit von den Obrigkeiten zwar diskriminiert, z. T. auch ausgewiesen, und zu Schutzgeldern erpresst, nicht aber systematisch kriminalisiert und polizeilich verfolgt. Die Sinti wurden nach dem Dreißigjährigen Krieg, an dem sie als Soldaten und teilweise sogar als Offiziere teilnahmen, aus vielen Landesteilen vertrieben und, wenn sie sich wehrten, getötet. _____ Im 18. Jahrhundert schlossen sich einige arme „Betteljuden“ und Sinti den Räuberbanden an, was in der populären Räuberliteratur gewaltig aufgebauscht wurde. Die Dichter der Romantik gelten ungeachtet ihrer antijüdischen Haltung bis heute als „Zigeunerfreunde“. Die jungen schönen Zigeunerinnen der Romantik stellen sich jedoch im Lauf der Erzählungen als von „Zigeunern“ entführte

Edelfräulein oder „Halbzigeunerinnen“ heraus, die sich durch ihre innere und äußere Reinheit von den „echten Zigeunern“ abheben. Während die Bundesstaaten im 19. Jahrhundert den Juden zumindest partielle Emanzipation und Religionsfreiheit gewährten, suchten sie nach dem Vorbild von Maria Theresia die Sinti durch Trennung von der Familie, Sesshaftmachung, Erziehung und Missionierung so zu ‚integrieren‘, dass sie als ein eigenes Volk untergehen. _____ Daneben entwickelte sich die rassistisch begründete Ablehnung der Juden wie der „Zigeuner“, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durch das Schüren der Angst vor den damals einwandernden „Ostjuden“ und osteuropäischen Roma angeheizt wurde. Dieser Rassismus hatte seiner Natur gemäß nicht die Assimilierung, sondern die Ausgrenzung zum Ziel.

VERNICHTUNG DER JUDEN UND „ZIGEUNER“ IM DRITTEN REICH

Mit der Machtübernahme der Nazis wurde der Rassismus zur Staatsdoktrin erhoben. Der amerikanische Historiker Günter Lewy hat in seinem umstrittenen, zum Teil hochgelobten Buch „Rückkehr unerwünscht. Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich“ (2000) deren Verfolgung von der der Juden abgegrenzt. So vertritt er die These, dass die „Zigeuner“ nicht aufgrund ihrer „biologischen Existenz“, sondern allein aufgrund ihrer Lebensweise als „Asoziale“ verfolgt worden seien. Er erkennt damit die Rassenpolitik des Dritten Reichs, derzufolge die „Zigeuner“ als „fremde Rasse“ und als „geborene Verbrecher und Asoziale“ (Robert Ritter) in das Visier der Rassenbiologen und der Rassenhygieniker gerieten. _____ Der SS-Reichsführer Himmler forderte unter Berufung auf die „rassenbiologischen Forschungen“ am

8. Dezember 1938 dazu auf, „die Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus in Angriff zu nehmen“. Demnach dachten die Nazis schon vor Kriegsbeginn auch an die Beseitigung aller „Zigeuner“, sei es durch Sterilisation, Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten oder Hinrichtung. Himmler befahl dann am 16. Dezember 1942 im „Auschwitz-Erlass“, alle „Zigeuner“ mit Ausnahme der „reinerassigen Sinti und Lalleri“, die in ein Reservat gebracht werden sollten, zu deportieren. Obwohl diese Ausnahmebestimmungen weder in den deutschen Gemeinden noch in Auschwitz eingehalten wurden, stellt Lewy – mit Zustimmung von Eberhard Jäckel und Hans Mommsen – die Vernichtungsabsicht in Frage, die in der UNO-Konvention von 1948 als Kriterium eines Völkermords bestimmt worden war. Wenn Sinti und Roma nachweislich in den Gasöfen vernichtet wurden, behauptet er, dass auch dies nicht mit Absicht geschehen sei. Die „Massenvergasungen“ der Sinti und Roma in Chelmno, einem reinen Vernichtungslager, und in Auschwitz seien nicht erfolgt, „um die Zigeuner als fest umrissene Gruppe auszulöschen“, sondern um die „Ausbreitung einer Typhusepidemie“ zu verhindern bzw. um „Platz für die Unterbringung ungarischer Juden“ zu schaffen. Man möchte fast meinen, dass er die Nazis nicht nur entschuldigen, sondern ihnen auch noch danken will.

BEHANDLUNG DER ÜBERLEBENDEN IN DER NACHKRIEGSZEIT

Der israelische Historiker Gilad Margalit hat in seinem Buch „Die Nachkriegsdeutschen und ihre Zigeuner“. Die Behandlung der Sinti und Roma im Schatten von Auschwitz“ (2001) die Zeit von 1945 bis 1953 behandelt. Er weist nach, dass sich die Alliierten, obwohl sie auch die Sinti und Roma als „rassisch Verfolgte“ anerkannten, nicht um deren Behandlung durch die deutschen Behörden kümmerten, weil sie die Sinti und Roma nicht als Angehörige der Vereinten Nationen ansahen. Die deutschen Behörden haben praktisch die Politik vor 1933 zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“ fortgesetzt und die Anträge auf Anerkennung als NS-Opfer und auf Entschädigung oft mit fadenscheinigen antiziganistischen Begründungen abgelehnt. _____ Wenn Margalit sich gegen einen Vergleich der Entschädigung für die überlebenden Opfer wendet, ist ihm zuzustimmen, aber nicht, weil die Behauptung ungleicher Entschädigung „unfundierte“ wäre. Wenn jüdische Opfer eher und höher entschädigt wurden als Sinti und Roma, dann lag dies nicht an ihnen oder am Philosemitismus deutscher Beamter, sondern daran, dass der deutsche Staat sein Ansehen in der Weltöffentlichkeit verbessern wollte. Margalit äußert darüber hinaus den Verdacht: Wer sich mit der „Zigeunerverfolgung“ beschäftige, der versuche „damit eine Auseinandersetzung mit der Schoah ... zu vermeiden“, oder bezwecke „zumindest teilweise eine Relativierung der Schoah“. Allein „damit“, dass man die „Zigeunerverfolgung“ erforscht, relativiert man die Schoah nicht, wie Margalit durch seine Arbeit selbst beweist. Mit dieser pauschalen Verdächtigung weckt er nur den Verdacht, dass er die „Zigeunerverfolgung“ relativieren wolle. _____ Die Vergleichung des Antisemitismus und des Antiziganismus wirkt immer dann unpassend, wenn sie einem parteilichen Standpunkt dient. Wippermann mag vielleicht zu viele Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen konstatieren, weil er die Bedeutung der Antiziganismusforschung, die noch immer ein Desiderat ist, aufwerten will. Wenn aber Lewy und seine Verteidiger den Völkermord und den Holocaust an den Sinti und Roma anzweifeln, weil sie das quasi-religiöse Dogma von der „Einzigartigkeit“ des jüdischen Schicksals bedroht sehen, dann überschreiten sie die Grenze von der Antiziganismusforschung zum Antiziganismus. Wer sich bei der Vergleichung nicht vorsieht und die Juden auf der einen und die Sinti und Roma auf der anderen Seite gegeneinander ausspielt, betreibt das Geschäft ihrer Feinde. ●

ANMERKUNG 1 Ein „Zigeuner“ soll demnach der hl. Familie auf der Flucht nach Ägypten das Nachtlager verweigert haben.

WILHELM SOLMS ist neben Daniel Strauß Vorsitzender der Gesellschaft für Antiziganismusforschung e.V. und Professor für Neuere deutsche Literatur an der Universität Marburg. Internet: www.antiziganismus.de

„UNSERE ZIGEUNER“

EINTRITT IN DIE WELT DES KITSCHES

CHRISTINA KALKUHL

Die political correctness, die im offiziellen Umgang etwa mit Menschen dunkler Hautfarbe erreicht wurde, setzt bei den „Zigeunern“ aus. Wer könnte sich heute noch ein „Nicknegerchen“ in einer Kirche um Spenden bittend vorstellen? Die Darstellung einer dunkeläugigen, leichtbekleideten Schönheit auf einer Weinflasche mit dem Inhalt „Zigeunerglut“ eckt im allgemeinen Bewusstsein jedoch nicht an.

Nahezu alle Bearbeitungen des Zigeunermotivs in unserem Alltags sind kitschig. Dabei soll die Bezeichnung „Kitsch“ nicht automatisch auf eine allgemein niedere Qualität verweisen, im Gegenteil! Viele dieser Zigeunerbilder sind handwerklich besonders sorgfältig gestaltet, um ein großes Publikum zu begeistern. Dieser Edelkitsch findet sich in Schlagern, Filmen, Hörspielen und in der Belletristik, in der Gipsy-Mode, Barbiemodellen, Playmobilfigürchen, Vorlagen für Window Colors und Stickerei, Gesellschafts- und Computerspielen und zahllosen weiteren Gebrauchsgegenständen, auf denen sich ZigeunerInnenabbildungen unterbringen lassen. Während Kitschobjekte wie röhrende Hirsche und Wackeldackel den Blick des Betrachters selten in Bezug auf die Wirklichkeit beeinflussen, werden die Zigeunerbilder fast immer als realistische Abbilder lebender Menschen wahrgenommen. Zyniker spotten über diese Tatsache, indem sie vorschlagen, aus der „Zigeunersauce“ eine „Sinti und Roma-Sauce“ zu machen, dann sei das Problem der abwertenden Fremdbezeichnung erledigt. Doch natürlich trifft das die Wirkung des existierenden Zigeunerkitsches nicht, denn die Umetikettierung belässt es beim Transport der diffamierenden Inhalte der Bilder.

Kitsch zielt mit klischeehaften, übertriebenen Gefühlen auf einen unausgebildeten, unkritischen Geschmack. Die augenzwinkernde Erhebung „Kitsch ist Kult“ zeigt jedoch, dass der Umgang mit Zigeunerkitsch nicht in ästhetischer Ungebildetheit zu suchen ist. Vielmehr tradiert er altbekannte Vorurteile, die viel von den Wünschen und Ängsten der Mehrheit zeigen und gar nichts vom Leben der Sinti und Roma. Der Zigeunerkitsch verzerrt die Wahrnehmung von Sinti und Roma und schreibt sie in einer versüßlichten, retardierten Existenz und Kultur fest, indem er die Minderheit auf fahrendes Leben

und folkloristische Elemente reduziert. Für die gegenwärtigen Lebensbedingungen der Sinti und Roma ist in der traditionellen Zigeunerdarstellung kein Platz. Es ist also weniger der unausgebildete als der unkritische Geschmack, der um der eigenen Romantik willen Maßstab für Zigeunerdarstellung geworden ist. Die dargestellten Zigeuner sind Fahrende, sie sind malerisch bunt, arm und zerlumpt gekleidet, musizieren, wahrsagen, tanzen. Die Frauen zeigen sich aufreizend verführerisch. Die dem Kitsch eigene übertriebene Romantisierung schreibt Zigeuner und in der Folge auch die Sinti und Roma zu einem fahrenden, tanzenden, zügellosen und kriminellen Volk fest, da der romantischen Projektion immer die verzerrte Kehrseite inne wohnt, die aus der verführerischen Schönen eine Hure und aus den pittoresk armen Zigeunerkindern gefährliche Bettler und Diebe werden lässt. Die „positiven Vorurteile“ des Zigeunerkitsches wenden sich letztendlich gegen die Minderheit – 64 % der Befragten einer Emnid-Umfrage möchten nicht neben Sinti und Roma leben. Die Gesellschaft für Antiziganismusforschung e.V. richtet Ausstellungen zum Thema „Unsere Zigeuner“ an Schulen aus, die den Blick auf den täglichen Umgang mit Zigeunerkitsch schärfen und der Frage nachgehen will, warum wir das klischeehafte Bild des Zigeuners weiter tradieren. Desweiteren richten wir Schulprojekte aus, versorgen Schulen oder interessierte Lehrer mit Material für den Unterricht und bieten Fortbildungen zu Jugendliteratur an. Die Problematik des Antiziganismus kann an verschiedenen Stellen in den Unterricht einfließen und in den Lehrplan integriert werden. Dass Menschen nach jahrhundertelanger schrecklichster Verachtung und Verfolgung heute noch unter der Diskriminierung in allen Lebensbereichen zu leiden haben, ist beschämend für eine Gesellschaft, in der Offenheit und Toleranz angeblich wichtige Werte sind. Unterricht bildet an dieser Stelle zu Kritikfähigkeit und Hinterfragung hergebrachter Urteile aus und fördert einen kritischen Umgang mit Medien.

KONTAKTADRESSE Christina Kalkuhl, St.-Godehard-Str. 12, 31 139 Hildesheim, E-Mail: ckalkuhl@onlinehome.de oder über die Gesellschaft für Antiziganismusforschung e.V., Internet: www.antiziganismus.de

WO SIND DIE ZIGEUNER GEBLIEBEN?

EIN EXEMPEL ZUM ZIGEUNKITSCH

CHRISTINA KALKUHL

Der bekannteste Zigeunerschlager ist wohl Alexandras „Zigeunerjunge“. Ich möchte Ihnen jedoch ein neueres Lied vorstellen, ein Lied der überaus erfolgreichen Volksmusikantin Angela Wiedl. Es erschien 1994 und war der Beitrag der Sängerin zum Internationalen Grand Prix der Volksmusik. Bis heute sind die Noten zu dem Titel zu erwerben und es wurde auf ein Best-of-Album der Jodelkönigin genommen, mittlerweile wurde es gar von einer weiteren Volksmusikgruppe (Geschwister Hoffmann) gecovert. Wiedl durchbricht mit ihrem Schaffen das Repertoire der Szene, sie besingt nicht nur den Reiz der Berge, nein, sie trägt aktuelle Themen in die Volksmusik. Mit ihrem „Lied für den Regenwald“ tritt sie für die Umwelt ein, „Mama Theresa“ würdigt das Schaffen von Mutter Theresa (sogar ein Benefiztitel) und gegen die Wertelosigkeit unserer Zeit stellt sie ein entscheidendes „I glaub an Engerl“. Da ist es nicht verwunderlich, dass sich diese engagierte Frau auch für die Minderheit der Sinti und Roma interessiert und sozialkritisch fragt „Wo sind die Zigeuner geblieben?“. Bereits die Musik zeigt das Bemühen um kulturellen Dialog,

über den typisch deutschen Mitklatschrhythmus werden feurige Zigeunerweisen gelegt. Wiedl erinnert sich in der ersten Strophe, wie Zigeuner in ihr Heimatdorf kamen. Sie holten Heu für ihre Pferde von Wiedls Hof und ein wunderschönes Mädchen in bunten Kleidern sagt der Sängerin ein glückliches Leben voraus. Wiedl hat diese Begegnungen mit dem fahrenden Volk als überaus positiv in Erinnerung. In der zweiten Strophe berichtet sie von dem gegenwärtigen Leben der Zigeuner. Sie wohnen nun in trostlosen Mietwohnungen, von einer ominösen Macht am Reisen in romantischen Pferdewagen gehindert. Nur die Musik ist ihnen geblieben, die Erinnerungen an ein früheres, besseres Leben wachhält. In der dritten Strophe berichtet sie von der Mahnung der Alten, die Erinnerung an das wahre Zigeunerleben wachzuhalten. Der Refrain fasst Wiedls Klage zusammen – den Zigeunern ist auf mysteriöse Weise die Möglichkeit abhanden gekommen, nach der für sie bestimmten Weise zu leben – reisend, in Freiheit im Gegensatz zur Mehrheit, die sich in grauen Mietskasernen offenbar ganz wohl fühlt.

WO SIND DIE ZIGEUNER GEBLIEBEN?

Sie kamen jedes Jahr in unser Dorf__Und holten bei uns Heu für ihre Pferde__Ein wunderschönes Mädchen war dabei__Farbenbunt war ihr Gewand und sie las mir aus der Hand, __Dass ich irgendwann im Leben glücklich werde ____ Wo sind die Zigeuner geblieben__Ihre Pferde, ihre Wagen, ihre Lieder singt der Wind__Wo sind die Zigeuner geblieben__Mit der Glut von ihrem Feuer starb der Rest von Abenteuer__Um den wir heute ärmer sind ____ Der alte Primasch lebt heute in der Stadt__Er wohnt in einer grauen Mietskaserne__Manchmal nimmt er die Geige aus dem Schrank__Und spielt für sein Enkelkind__Spielt von Freiheit und von Wind__Und sein Blick geht dabei traurig in die Ferne ____ Wo sind die Zigeuner geblieben__Ihre Pferde, ihre Wagen, ihre Lieder singt der Wind__Wo sind die Zigeuner geblieben__Mit der Glut von ihrem Feuer starb der Rest von Abenteuer__Um den wir heute ärmer sind ____ Die Bilder einer farbenbunten Welt__Sind wie ein Licht in seinen trüben Tagen__Ein Kind hört ihm mit großen Augen zu__Wenn er sagt Spiel du mein Lied__Wenn es mich einst nicht mehr gibt__Und vergiss nicht, du sollst

immer wieder fragen ____ Wo sind die Zigeuner geblieben ____ Mit der Glut von ihrem Feuer schwand der Rest von Abenteuer__Um den wir heute ärmer sind ____ Wo sind die Zigeuner geblieben__Ihre Pferde, ihre Wagen, ihre Lieder singt der Wind__Wo sind die Zigeuner geblieben__Mit der Glut von ihrem Feuer starb der Rest von Abenteuer__Um den wir heute ärmer sind (Angela Wiedl: Vergelt's Gott, Ariola, München 1995, produziert von Ralph Siegel)

Da fragt man sich doch wirklich – was muss ich mir als Hörer/in zumuten lassen? Nicht nur, dass das Lied eine fahrende Lebensweise völlig verkitscht (von Armut und Kälte ist natürlich nicht die Rede), es stellt sie als die einzige Lebensweise dar, die den Zigeunern angemessen ist. Ein Leben, wie die Mehrheitsbevölkerung es führt, also sesshaft, lässt sie verkümmern. Dies ist Rassismus in reinsten Form. Wo sind die Zigeuner geblieben? Das Lied beantwortet es doch, in grauen Mietskasernen fiedeln sie frustig vor sich hin, schluchzend und schmachkend, wie wir der begleitenden Musik entnehmen. ____ Aber nicht sie sollten traurig über den Verlust ihrer vom Text zugeschriebenen Identität sein – nein, wir haben Grund zur Traurigkeit – der Rest von Abenteuer ist aus unserer Welt verschwunden. Nachdem „wir“ es ja bisher ganz gut in den angesungenen Dörfern und Mietwohnungen ausgehalten haben, ist dieser Abenteuerdrang doch sehr verwunderlich. Praktischerweise hatten wir ja früher real auftauchende Zigeuner, die stellvertretend für uns ein Leben in Freiheit geführt haben und uns nur dann und wann mit Lagerfeuerromantik erfreut und uns ansonsten mit ihren Bedürfnissen nicht übermäßig belastigt haben – schön und musikalisch waren sie auch noch, was fürs Auge und was fürs Ohr – was will man mehr. ____ Einen Grund für das Verschwinden der Fahrenden gibt es nicht – wie können die einfach ihrem wahren Wesen entgegen sesshaft sein? Das Schwinden von Verdienstmöglichkeiten, Festsetzungen durch die Polizei oder einfach der völlig normale Wunsch nach einem festen Wohnort, ohne ständig davon gejagt zu werden, existieren in der freundlichen Bergwelt von Frau Wiedl nicht. ____ Vielleicht hatte das Verschwinden der Zigeuner ja auch andere Gründe ... der bayrische Autor Horst Tomayer spießte die Ungeheuerlichkeit des Textes auf: mit der Glut von ihrem Feuer schwand ... die Existenz von Tausenden Sinti und Roma in den Öfen der Konzentrationslager. Auf seine Schreiben an Plattenfirma und Sendeanstalten, die er in der Zeitschrift Konkret publik machte, erhielt er bezeichnenderweise keine Antwort. ____ Ist es von einem Schlager, der ja als triviales Genre des Liedes gilt, zuviel verlangt, ohne Klischees zu operieren? Es ist festzuhalten, dass das vorgestellte Lied ein guter Schlager ist, einprägsam von Melodie und Text spricht es offensichtlich Freiheitssehnsüchte eines großen Publikums an, das abrufbar Zigeuner als Bewahrer von Freiheit und Romantik im Kopf hat. Zudem gibt es sich prima sozialkritisch, indem es auf den Verlust einer Lebensform verweist. ____ Die gesamte Beknacktheit des Textes offenbart sich einem großen Publikum ersichtlich nicht von selbst, sonst wäre das Lied nicht so erfolgreich. ____ Mit Klischees lässt sich, so bitter es ist, noch ganz gut leben. Auch Kitsch kann ich notfalls ertragen. Der Rassismus, der diesem und anderen Zigeunerschlagern innewohnt, ist jedoch bezeichnend für den Umgang mit der Minderheit der Sinti und Roma: jedes noch so rührseelige Sozialliedchen über einen blinden Jungen, ein verlassenes Mädchen oder ein geschundenes Tier handelt von einem individuellen Schicksal – die Zigeuner sind immer eine festgeschriebene, stimmlose Gruppe, deren unveränderbares Wesen nur der Sänger oder die Sängerin erkennt und in Worte fasst. ____ Ein Schlager hat ganz klar nicht die Aufgabe, über den Völkermord an den Sinti und Roma zu informieren. Die dummliche Doppeldeutigkeit der Refrainzeile verdeutlicht aber einmal mehr die Ignoranz der Mehrheit gegenüber den Sinti und Roma und ihrer Geschichte. Sie treibt die Nicht-Achtung der Sinti und Roma, die sich in der Verwendung von zahlreichen Klischees ausdrückt, auf die Spitze. ____ Der Schlager ist kein aufklärerisches Medium, aber ein Minimum an Sensibilität kann ich als freiwilliges und unfreiwilliges Publikum erwarten – Sinti und Roma können dies offenbar nicht – da kann man nur mit Frau Wiedl schließen: „Manchmal hilft nur noch beten.“ ●

ABSCHIEBUNGEN VON ROMA AUS GROSSBRITANNIEN

BEISPIELE AUS DEN „WEISSE-LISTE“-LÄNDERN

SALEH MAMON

Europaweit gehören Roma zu den sozial am meisten marginalisierten und entrechteten Bevölkerungsgruppen. Von Großbritannien werden Roma zur Zeit in großer Zahl und unter riesigen Kosten deportiert, obwohl ihre Herkunftsländer binnen eines Jahres EU-Mitglieder werden und die Roma damit das Recht erhalten, legal in Großbritannien zu leben. _____ Eine parteienübergreifende parlamentarische Arbeitsgruppe befasst sich in Großbritannien mit der Situation der Roma aus den Ländern, die bei der ersten Stufe der kommenden EU-Erweiterung dabei sein werden.¹ Sie veröffentlichte im März diesen Jahres einen aufrüttelnden Bericht über die Notlage der Roma in osteuropäischen Ländern. Um den Kriterien des Europäischen Rates zu entsprechen, haben die Regierungen dieser Länder zwar Gesetze gegen die Diskriminierung erlassen – das Leben der Roma bleibt aber geprägt von Vorurteilen, Gewalt und Diskriminierung.

„WEISSE LISTE“

Die Anerkennung als Flüchtlinge erhielten in der EU zwischen 1990 und 1999 ca. 7.000 Roma aus Osteuropa. Seit kurzem jedoch erleichtert in Großbritannien ein Zusatz zum Einwanderungs- und Asylgesetz² die Deportation von Roma nach Tschechien, Ungarn, Polen und in die Slowakei. Länder, die auf einer sogenannten „weißen Liste“ stehen, gelten staatlicherseits als sicher und rechtsstaatlich. Gleichzeitig wurden die Einspruchsmöglichkeiten gegen Abschiebungen in diese Länder eingeschränkt. _____ Die Folgen der „Weißen-Liste“-Regelung können derzeit noch nicht überblickt werden. Trotzdem hat das Innenministerium jetzt vorgeschlagen, die Liste mit ursprünglich zehn Herkunftsländern, bei denen Asylanträge als „offenbar unbegründet“ abgelehnt und die Einspruchsmöglichkeiten eingeschränkt werden, noch zu erweitern: Die Herkunftsländer, um die es jetzt geht, sind Albanien, Bulgarien, Serbien und Montenegro, Mazedonien und Rumänien. Asylbewerber aus diesen Ländern werden voraussichtlich im „Oakington reception centre“ interniert werden, wo ihre Anträge binnen zehn Tagen „bearbeitet“ werden sollen. Die Annahme, dass der Asylantrag unbegründet ist, wird sich unter solchen Bedingungen kaum widerlegen lassen.

DER BERICHT

Wie sinnlos und verschwenderisch die Versuche sind, Roma-Asylbewerber an der Einreise nach Großbritannien zu hindern, machte Lord Avebury, der beratend und unterstützend an dem oben genannten Bericht beteiligt war, bei der Veröffentlichung deutlich: „Nach dem 1. Mai 2004 werden alle diese Leute legal einreisen. Warum gibt man soviel Geld aus, um Roma zurückzuschicken?“ Stattdessen sollten die EU-Länder darauf hinwirken, die Gründe für die Asylanträge zu beseitigen. „Man muss den Zusammenhang sehen: Die Einreise von Romani-Asylbewerbern hat damit zu tun, dass die Herkunftsstaaten beim Abbau von Ungleichheit versagt haben. Wenn Länder der Gewalt und Diskriminierung ein Ende machten, würden die Leute auch nicht Asyl beantragen.“ _____ Paul Mercer, Vorsitzender einer Organisation zur Verteidigung der Rechte der Roma,³ sagt: „Durch die Bank lässt sich sagen, dass Roma ganz unten stehen. Wenn sich ihre Situation nicht verbessert, sollten die Herkunftsstaaten nicht in die EU aufgenommen werden. Es geht hier um die Menschenrechtsbilanz der EU.“

BEISPIELE AUS „WEISSE-LISTE“-LÄNDERN TSSCHECHIEN

Die verlässlichste Schätzung kommt von einer Gruppe zur Verteidigung von Minderheiten⁴ und geht davon aus, dass von 10,3 Millionen Tschechen ca. 275.000 Roma sind. Das entspräche einem Anteil von ca. 2,9%. Dagegen spricht die Volkszählung von 2001 von lediglich 11.716 Roma. Aus Furcht vor Verfolgung geben viele nicht „Roma“ als ethnische Zugehörigkeit an. _____ Gewalttätige Angriffe auf Roma-

Männer durch Skinheads und Polizeibeamte kamen in den letzten Jahren häufig vor. Nur selten werden die Täter von der Justiz verfolgt. Wenn es doch einmal zu einer Strafverfolgung kommt, verläuft das Verfahren schleppend. _____ Nach Angaben der Kinderrechtsorganisation „Save the Children“ werden Roma-Kinder im Durchschnitt fünfzehn Mal so häufig Lernbehindertenschulen zugewiesen wie Kinder von Nichtroma. Das bedeutet die Absonderung von 75% der Roma-Kinder in einer getrennten, qualitativ niedrigeren Ausbildung. _____ Ein Gesetz gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt gibt es nicht, Roma-Familien bekommen minderwertige Sozialwohnungen zugewiesen und sind häufig von Zwangsräumung betroffen. Die tschechische Regierung hat zwar so gut wie alle internationalen und europäischen Verträge zum Minderheitenschutz unterschrieben. Trotzdem fehlt den neuen Antidiskriminierungsgesetzen ein wirksames Einspruchsrecht, mit dem finanzielle Kompensation und Sanktionen erreicht werden können. Es gibt auch kein unabhängiges Gremium, das die Gleichbehandlung der Bevölkerungsgruppen überwacht. Pläne zur Einrichtung einer solchen Institution existieren ebenfalls nicht.

UNGARN

Während die ungarische Volkszählung von 1991 143.000 Roma ergab, gehen Roma- und andere Nichtregierungsorganisationen von einer

Zahl von über 500.000 Roma unter insgesamt 10 Millionen Ungarn aus. _____ Vorurteile gegen Roma sind in Ungarn an der Tagesordnung. Kürzlich wurden sechs ungarische Roma-Familien in Frankreich als Flüchtlinge anerkannt, nachdem sie in Ungarn rassistischen Angriffen auf Person und Eigentum ausgesetzt waren. Die Attacken gipfelten 1997 in der gesetzeswidrigen Zerstörung ihrer Häuser durch die kommunalen Behörden. _____ Ein mit Vorurteilen behaftetes und ungerechtes Einschulungsverfahren führt dazu, dass der Anteil der Roma-Kinder, der Schulen für geistig Behinderte zugewiesen wird, von 26% 1974/75 auf 43% 1992/93 (das letzte Jahr, für das diese Zahlen vorliegen) angestiegen ist. Es gibt Erkenntnisse, dass in manchen Gegenden 90% der Roma-Kinder in diesen Schulen abgesondert sind. _____ Bei einem großen Teil der ungarischen Roma entspricht die Wohnsituation nicht den grundlegenden Gesundheits- und Sicherheitserfordernissen. Roma haben oft auch nur eingeschränkten Zugang zum Gesundheitswesen: Es gibt landesweit große Unterschiede; manche Kliniken haben spezielle „Roma-Tage“ eingerichtet und leisten an den restlichen Tagen für Roma keine Gesundheitsversorgung. _____ Auch in Ungarn haben die Umstrukturierung und neoliberale Wirtschaftspolitik nach dem Ende des Realsozialismus zu einem Zusammenbruch staatlicher Betriebe geführt. Roma waren davon überdurchschnittlich stark betroffen; gegenüber einer landesweiten durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 12 bis 13 Prozent sind 60% der ungarischen Roma im erwerbsfähigen Alter arbeitslos. Das ist eine dramatische Verschlechterung gegenüber der Situation vor 1989, als die Arbeitslosenrate ungarischer Roma fast auf gleicher Höhe war wie die der Nichtroma. _____ Vor kurzem kam eine Studie zu dem Ergebnis, dass die Lebenserwartung ungarischer Roma 15 Jahre unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt. In dieser Zahl spiegelt sich die mehrfache Schlechterstellung bei den menschlichen Grundbedürfnissen.⁵ _____ Zwar schreibt die ungarische Verfassung Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung fest, es gibt aber weder ein vereinheitlichtes Antidiskriminierungsgesetz noch einen funktionierenden Mechanismus, um die Einhaltung von Antidiskriminierungsgesetzgebung zu überwachen. _____ Das Büro für nationale und ethnische Minderheiten wurde 1990 geschaffen. Die Behörde ist dafür zuständig, Konzepte für den staatlichen Umgang⁶ mit Minderheiten zu entwickeln. Eine Ombudsperson überwacht die Umsetzung von Minderheitenrechten und untersucht Beschwerden. Im Jahr 2001 wurden bei dieser Ombudsperson 453 neue Fälle registriert. In 292 dieser Fälle waren Roma betroffen. _____ Angesichts der Kritik, die ungarischen Gesetze genügten nicht den Standards, die die EU in ihrer Gleichbehandlungsdirektive „Race Equality Directive“ fordert, entschloss sich die neue Regierung im Herbst 2002, dem Parlament ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz vorzulegen.

POLEN

Die Zahl der Roma in Polen ist kleiner als in den anderen osteuropäischen Ländern; Schätzungen sprechen von zwischen 15- und 50.000 Personen in einer Gesamtbevölkerung von 38 Millionen. _____ Es hat in Polen sowohl gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und Roma als auch rassistisch motivierte Gewalt gegenüber Roma gegeben. _____ Die Mehrheit der Roma-Kinder gehen in der Schule in sogenannte „Roma-Klassen“; hier ist die Ausbildung schlechter und die Kinder sind isoliert. _____ In Polen herrscht allgemeine Krankenversicherungspflicht; im Prinzip wird allen gleicher Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen garantiert. Andererseits ist Diskriminierung auf der Grundlage von ethnischer Zugehörigkeit nicht ausdrücklich verboten. Es gibt Belege, dass polnische Roma überdurchschnittlich stark von Krankheiten betroffen sind. Das liegt daran, dass es für sie schwieriger ist, sich zu versichern und Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen. _____ Eines der größten Probleme der polnischen Roma ist die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Für Wohnungen, die sich im Besitz von Kommunen oder Städten befinden, werden ihnen höhere Mieten abverlangt; von bestimmten Orten, z.B. der Stadt- oder Ortsmitte, werden sie vertrieben. _____ Gesicherte Daten über die soziale Lage der verschiedenen polnischen Bevölkerungsgruppen fehlen. Beobachter gehen aber von

einer im Vergleich zum Landesdurchschnitt deutlich höheren Arbeitslosigkeit unter Roma aus. Je nach Ort wird diese auf 50 bis 90% geschätzt. Wie in Ungarn hat die ökonomische Liberalisierung nach dem Fall der kommunistischen Regierung die polnischen Roma besonders hart getroffen. _____ Obwohl Nichtdiskriminierung in der neuen polnischen Verfassung von 1997 festgeschrieben wurde, meint die Europäische Kommission, dass die Umsetzung in wirksame Antidiskriminierungsgesetzgebung nur begrenzt stattgefunden hat. _____ Die Ausreisewelle polnischer Roma im Jahr 1998 in EU-Länder (besonders nach Großbritannien) hat international zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für ihre Situation geführt. Seit damals hat sich die polnische Regierung bemüht, die Diskriminierung anzugehen. Der Rahmenvertrag zum Schutz nationaler Minderheiten⁷ wurde ratifiziert. Es wurden Pilotprogramme gestartet, die die Lebensumstände der Roma verbessern sollen. Nichtregierungsorganisationen haben jedoch kritisiert, dass diese Programme zu sehr von Initiativen auf lokaler Ebene abhängen, die durch Vorurteile gegen die Roma gebremst werden. Außerdem fehle in Polen der Wille zu durchgreifender Gesetzgebung.

SLOWAKEI

Obwohl sich bei der Volkszählung im Mai 2001 nur 44.620 Menschen (0,8% der Bevölkerung) als Roma bezeichnet haben, geht eine Organisation zur Verteidigung der Rechte von Minderheiten davon aus, dass der Anteil der Roma an der gesamten slowakischen Bevölkerung von 5,3 Millionen zwischen 480.000 und 520.000 beträgt. Das wären also fast 10%. _____ Im Laufe der letzten zehn Jahre gab es in der Slowakei Hunderte schwerer Übergriffe und zahlreiche rassistische Morde an Roma. Dazu gehörten auch Misshandlung und Tod im Polizeigewahrsam und Angriffe von Skinhead-Gruppen. Slowakische Menschenrechtsgruppen berichten regelmäßig über Razzien in den Wohngebieten der Roma sowie andere Formen der Gängelung und Gewalt durch die Polizei. _____ Die Kinderrechtsorganisation „Save the Children“ geht davon aus, dass in der Slowakei bis zu 75% der Romakinder spezielle Schulen für geistig Behinderte besuchen. Dafür seien sprachwissenschaftlich und kulturell tendenziöse Intelligenztests verantwortlich. _____ Nach Erkenntnissen der Europäischen Kommission fehlen in den slowakischen Roma-Siedlungen die grundlegendsten Bedingungen wie Wasser und Strom. _____ Als Resultat der mehrfachen Schlechterstellung schätzt das slowakische Komitee für UNICEF, dass die Säuglingssterblichkeit bei slowakischen Roma dreimal so hoch wie bei Kindern von Nichtroma ist. Nach Angaben des „Open Society Institute“ aus dem Jahr 2001 war die durchschnittliche Lebenserwartung von Roma-Männern um 13 Jahre und von Roma-Frauen um 17 Jahre geringer als die der Mehrheitsbevölkerung. _____ Seit 1998 hat die slowakische Regierung institutionelle Rahmenbedingungen zum Schutz von Minderheitenrechten geschaffen. Dazu gehört die Ernennung eines stellvertretenden Ministerpräsidenten für Menschenrechte, nationale Minderheiten und regionale Entwicklung; eines Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der Roma sowie die Einrichtung eines Ombudsbüros. Nachdem die Slowakei die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen im Juni 2001 unterzeichnet hat, ist das Land nun Bestandteil aller großen internationalen Konventionen über die Rechte von Minderheiten. Eine detaillierte Antidiskriminierungsgesetzgebung zur Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien fehlt in der Slowakei aber noch. Im März 2002 hat die slowakische Regierung einen Maßnahmenplan verabschiedet, der jegliche/n Diskriminierung, Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz verhindern soll. ●

ANMERKUNGEN

¹ Der Name der Gruppe ist „Parliamentary Group for Roma Affairs in Stage One Accession Countries“ ² Im Original „Nationality, Immigration and Asylum Act“ ³ Roma Rights and Access to Justice in Europe programme (RrAJE) ⁴ Minority Rights Group ⁵ Im Original „multiple deprivation“ ⁶ Im Original „policy framework“ ⁷ Im Original „Framework Convention for the Protection of National Minorities“

ROMA IN RUMÄNIEN

EIN GESPRÄCH

MIT DEM SCHRIFTSTELLER RICHARD WAGNER

ALBERT ZECHERU, ZAG

ZAG Herr Wagner, bereits in den 60er Jahren pflegte die rumänische kommunistische Partei die Überhöhung der Rumänischen Nation. Bei den letzten Parlamentswahlen Ende 2000 steigerte die rechtsextreme Großrumänien-Partei (PRM) ihren Stimmenanteil um mehr als das Fünffache auf 24,4%. Die Präsidentschaftswahlen endeten, ähnlich wie letztes Jahr in Frankreich, mit einer Stichwahl, die der Ex-Kommunist Ion Iliescu mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien gegen den Neo-Faschisten Vadim Tudor (PRM) für sich entschied. _____ Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, sich vorzustellen wie sich in der Vergangenheit Roma politisch organisieren konnten. Spielen oder spielten sie politisch in Rumänien je eine Rolle? **WAGNER** Die Roma spielten niemals als Akteure eine politische Rolle in Rumänien, sie tun es auch heute nicht. Sie zählten und zählen vielmehr, neben den Juden, zu den Sündenböcken der rumänischen Öffentlichkeit. Der Militärdiktator der Weltkriegszeit, Ion Antonescu, ließ viele von ihnen, wie im übrigen auch zahlreiche Juden, nach Transnistrien deportieren, ein Gebiet das er als Hitlers Verbündeter in der Ukraine erwerben

konnte. _____ Über die Verfolgung der Roma durch das Antonescu-Regime wurde in Rumänien erst in den letzten Jahren ausführlicher publiziert. Viele Rumänen, die noch immer von der nationalkommunistischen Propaganda beeinflusst sind, weigern sich, diese Verbrechen zur Kenntnis zu nehmen. Die Geschichtsklitterung Ceaușescus verfolgte den Zweck, die Rumänen als gütige Nation erscheinen zu lassen, die niemanden verfolgt und niemals Eroberungskriege geführt hätte. _____ Die Kommunisten nahmen in den turbulenten Jahren der Machtübernahme gezielt Leute aus der Unterklasse in ihre Reihen auf, darunter auch Roma, um diese gegen den bürgerlichen „Klassenfeind“ aufzuhetzen. Sie manipulierten die Roma, und bis heute existiert das Gerücht, die Roma hätten, wie übrigens auch die Juden, dem Kommunismus in Rumänien zur Macht verholfen. _____ Vergessen ist, dass die Stalinisten in den 50er Jahren mit brutalen Methoden versuchten die nomadisierenden Roma, „Wanderzigeuner“, sesshaft zu machen oder die Konfiszierung der rituellen Goldmünzen durch die Polizei, ein weiterer Verstoß gegen die Roma-Traditionen.

ZAG In den 70er wurden die Roma in Rumänien von Staatsseite immer mehr stigmatisiert. So durften sie z.B. wegen parasitären Lebenswandels und traditionellen Kleinhandels, der vom Staat allgemein nicht genehmigt war, bis zu sechs Monaten ohne Strafprozess inhaftiert werden. _____ Welches Bild hat und hatte die Mehrheit der Menschen in Rumänien von der Minderheit der Roma? **WAGNER** Große Teile der Mehrheitsbevölkerung in Rumänien denken in rassistischen Kategorien bezüglich der Roma. Die Roma lebten meist im Elend und hatten in den Augen der anderen zu viele Kinder. Sie werden in der Regel für die verbreitete Kriminalität verantwortlich gemacht. Die Ursachen für das soziale Elend vieler Roma wurden niemals diskutiert. Die Roma besetzten in der traditionellen Gesellschaft, nach ihrer Befreiung aus der Leibeigenschaft, die in den rumänischen Fürstentümern erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts eintrat, eine Nischenrolle als Sammler von Rohstoffen wie Metall, Federn und Glas oder im Handwerk, beispielsweise als Kupferkesselschmiede. Kommunistische Gleichschaltung und Zwangsindustrialisierung ließen für solche Nischen keinen Platz mehr. Sie wurden nun meist zu Saisonarbeitern in der Landwirtschaft und Hilfsarbeitern in der von Ceaușescu aus dem Boden gestampften Industrie und bezogen Quartier in den tristen Vorstädten. Armut und niedriges Bildungsniveau ergänzten sich auf unheilvolle Weise. Der Verbot des Kleinhandels durch die Kommunisten und die schwere ökonomische Krise der 80er Jahre, die extreme Mangelwirtschaft, führten zu einer Überdimensionierung der Schwarzmärkte. _____ Bis heute werfen viele Menschen den Roma vor, den Schwarzmarkt in der Ceaușescu-Zeit beherrscht zu haben. Diese hätten sich auf Kosten der Bevölkerung bereichert. Als Beweis für die These werden mit Vorliebe die protzigen Villen an vielen Stadträndern angeführt, die dort von neureichen, geltungssüchtigen Roma in den 90er Jahren errichtet wurden.

ZAG In den 80er Jahren wurden durch das Programm der sogenannten Systematisierung unzählige Dörfer zugunsten agroindustrieller Zentren niedergerissen, um die Landbevölkerung der Lohnarbeit zu unterwerfen. _____ Welche Auswirkungen hatte dieses Programm speziell für die Roma-Bevölkerung? **WAGNER** Es hatte die gleiche Auswirkung wie auf die anderen ethnischen Gemeinschaften auch. Das Programm war darauf angelegt, regionale Identität zu zerstören und die individuellen Freiräume einzuschränken und schließlich abzuschaffen. Das Regime strebte die totale Kontrolle an. Das hat die Verunsicherung der Roma weiter verstärkt.

ZAG Anfang der 90er Jahre kam es in allen Landesteilen Rumäniens zu Pogromen gegen Roma. Zur selben Zeit flüchteten viele Roma nach

Westeuropa. _____ Woran entzündete sich in Rumänien plötzlich dieser offen ausgetragene Hass gegen die Roma? **WAGNER** Die rumänische Gesellschaft hatte am Ende der Ceaușescu-Diktatur paranoide Züge entwickelt. 1990, als der massive repressive Druck plötzlich gelockert wurde, reagierten große Teile der Bevölkerung geradezu hysterisch. Sie hatten offenbar ein starkes Bedürfnis nach Selbstentlastung, nach all den Jahren der schändlichen Unterdrückung und Kollaboration. Das Land war voller Ängste und die neu geschaffene Medienöffentlichkeit strotzte vor diversen Verschwörungstheorien. Es gab eine allgemeine Angst vor dem Zerfall der rumänischen Gesellschaft. Die angestauten Aggressionen machten sich zuerst in Auseinandersetzungen mit der ungarischen Minderheit, die des Separatismus bezichtigt wurde, Luft. Bald danach aber richteten sie sich gegen die Roma, die kriminell seien, und die öffentliche Ordnung in Frage stellten. Aus meist nichtigen Anlässen in Kneipen und Diskotheken kam es zu Messerstechereien und anschließend zu Zusammenrottungen in Dörfern, um die Häuser nieder zu brennen und Roma zu verprügeln.

ZAG In ihrem Buch „Sonderweg Rumänien“ schreiben sie, dass sich in Rumänien viele Roma, vor allem die sesshaften, als Rumänen betrachten. _____ Ist dies letztendlich das Ergebnis einer repressiven staatlichen Integration? **WAGNER** In Gemeinschaften, die sozial verelendet sind, versuchen die Menschen sich als Einzelne aus ihrem

Elend zu befreien, indem sie den Weg der Assimilation an die Mehrheitsbevölkerung gehen, sobald ihnen der Aufstieg gelungen ist. Die Roma sind erst nach dem Ende des Kommunismus als ethnische Minderheit anerkannt worden. Davor hatten sie im Unterschied zu den anderen Minoritäten wie Ungarn, Deutsche, Juden, Serben keinen kollektiven Status. Sie galten als Parias. _____ Aber auch nach der Wende ist ihre politische Integration nicht durchgesetzt worden. Das liegt zum einen an der ablehnenden Haltung der Öffentlichkeit. In vielen Medien wird zur besonderen Kennzeichnung der Begriff „Rom“ als „Rrom“ mit zwei R geschrieben, wahrscheinlich weil die Rumänen sich selbst als „Români“ verstehen und durch die Orthographie eine stärkere Unterscheidung der beiden Wörter anstreben. Zum anderen ist aber bis heute eine starke Zersplitterung der Roma-Organisationen zu verzeichnen, in denen nicht selten pittoreske Traditionalisten das Sagen haben; selbsternannte Könige und Kaiser, die mit den paar Intellektuellen, die sich für die Roma-Sache engagieren, im Dauerkonflikt liegen. Das alles führt dazu, dass die Roma bis heute in der rumänischen Öffentlichkeit unterrepräsentiert sind. Sie müssen lernen, das man, in der einigermaßen demokratisch eingerichteten heutigen Gesellschaft, seine kollektiven Rechte mit den Mitteln, die Rechtsstaat und Parlamentarismus bieten, selbst durchsetzen muss. Dazu gehört aber ein stärkeres Selbstbewusstsein der Roma-Gemeinschaft, als es bisher der Fall ist. ●

DULDUNG IST NICHT TOLERANZ

ROMA KÄMPFEN UM AUFENTHALTSRECHT

ANDREAS NOWAK

Seit April letzten Jahres protestierten 500 Roma mit einem Camp in Düsseldorf und verschiedenen Kundgebungen u.a. anlässlich der Bundesinnenministerkonferenz am 6. Juni 2002 in Bremerhaven für einen Stopp der Abschiebungen nach Jugoslawien und eine dauerhafte Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Diese haben zum größten Teil bis heute in der BRD nur eine Duldung erfahren, aber keinen gesicherten Aufenthaltstitel. Trotz dieser Proteste vereinbarten die BRD und die BR Jugoslawien am 6. September 2002 ein neues Abschiebeabkommen, das „modernen“ Anforderungen gerecht werden und so eine Beschleunigung des Verfahrens ermöglichen soll. Dies wird seit dem 1. November umgesetzt. Mit der Besetzung der Berliner PDS-Parteizentrale in Berlin am 18.11. und der Besetzung des Fraktionsbüros der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus Anfang Dezember hatte die Kampagne der Roma einen zeitweiligen „Winterabschiebestopp“ für Familien mit minderjährigen Kindern aus Berlin bis Ende März 2003 erwirkt. Zugleich wurden und werden regelmäßig Abschiebungen nach Pristina und Belgrad aus dem restlichen Bundesgebiet durchgeführt. Die Forderung nach einer neuen Bleiberechtsregelung für die Flüchtlinge wurde von der Bundesinnenministerkonferenz im Mai 2003 nicht aufgenommen. Die geltenden Bleiberechtsregelungen für langjährig geduldete, haben neben der Aufenthaltsdauer von mindestens sechs Jahren die Integration in den Arbeitsmarkt zur Bedingung, die mit einer zweijährigen Anstellung nachgewiesen werden kann. Dies ist angesichts der Arbeitsmarktlage nicht nur für Ausländer schwer zu erfüllen, sondern mündet über das Mittel der „Arbeitsmarktprüfung“ in Berlin und Ostdeutschland fast flächendeckend in der Verweigerung der Arbeitserlaubnis. Zudem wurde diese Bleiberechtsregelung für bosnische und jugoslawische Flüchtlinge erst 2001 geschaffen, zuvor waren sie von solchen Regelungen ausdrücklich ausgenommen worden. Integration war nicht gewünscht. Dennoch konnten knapp 20.000 Flüchtlinge 2001 auf diese Weise einen Aufenthaltsstatus oberhalb der Duldung erhalten. Angesichts der Aufenthaltsdauer der ca. 100.000 oft seit über 10 Jahren in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus dieser Region ist dies jedoch wenig. Die Anzahl der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland wird auf 70.000 bis 75.000 geschätzt. Ihre Rückkehr nach Jugoslawien ist nun mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Der ökonomische Status vor der Flucht ist in aller Regel nicht wieder zu erlangen, je nach dem wieviel Zeit für die Sicherung der Besitzes und den Verkauf von Hab und Gut verblieb. Für die RückkehrerInnen gibt es keine staatlichen Hilfen oder Unterbringungs- und Versorgungsmöglichkeiten in der BR Jugoslawien. Die dortige wirtschaftliche Lage wird ebenso wenig dazu beitragen, rasch eine eigene ökonomisch gesicherte Existenz aufbauen zu können. Besonders der Verlust der Häuser durch Verkauf oder Zerstörung wiegt schwer.

Baumaterial für den Bau eigener Behausungen gibt es nur gegen Bezahlung. Nur eine von den über 150 Siedlungen in und um Belgrad, in denen die Mehrzahl der Roma Unterkunft findet, ist legal. Diese sind in der Mehrzahl sehr arme Gebiete, in denen weder Kanalisation noch Wasser- und Stromversorgung existieren. Mittlerweile droht durch den Verkauf der im kommunalen Besitz befindlichen Siedlungsflächen eine erneute Vertreibung der Familien. Darüber hinaus sind Roma zuhauf Opfer rassistischer Diskriminierung durch staatliche Institutionen, die Polizei und im Erziehungswesen. So werden häufig Roma-Kinder in Schulen für Lernbehinderte eingewiesen oder aber es werden für sie Sonderklassen eingerichtet. Für Kinder von RückkehrerInnen, die in lateinischer Sprache alphabetisiert wurden, besteht kaum eine Chance an Teilnahme am Unterricht. Auch wenn sie der serbokroatischen Umgangssprache leidlich mächtig sind, beherrschen sie selten die serbische Schriftsprache. Es wird immer wieder von erpressten Geständnissen, diskriminierender Behandlung und rassistischen Beleidigungen durch Polizisten berichtet. Daneben werden Angriffe von Skinheads auf Roma durch die Polizei nicht entsprechend verfolgt, da die Roma statt als Opfer, auf Grund rassistischer Vorurteile als Kriminelle betrachtet werden. Dies alles spielt sich vor dem Hintergrund eines in der Bevölkerung verbreiteten rassistischen Ressentiments ab, das auch Überfälle auf Roma-Siedlungen billigt. Insgesamt wird die Situation für Roma in Serbien von Menschenrechtsorganisationen als gefährlich eingestuft und eine Rückführung in den Kosovo zudem als individuell bedrohlich. Dort ist es für Roma nach Einschätzung von ai, UNHC und UNMIK nur möglich, in militärisch geschützten Enklaven zu leben. Die Grundlage der zwangsweisen Abschiebungen nach Jugoslawien bildet das Rücknahmeabkommen vom September 2002. Dies berücksichtigt nicht die besondere Situation von Roma in Jugoslawien wie es auch nicht besondere Gruppen unterscheidet z.B. Opfer des Holocaust oder traumatisierte Flüchtlinge. Eine solche Abschiebepolitik hinterlässt den schlechten Geruch der „Entsorgung“ von Menschen, solange sie nicht das Vorhandensein menschenwürdiger Lebensverhältnisse im Herkunftsland zur Voraussetzung macht. Ein Bleiberecht aus humanitären Gründen scheint aber angesichts der anhaltenden gesellschaftlichen und staatlichen Diskriminierung in Jugoslawien, der faktisch nicht vorhandenen sozialen Existenzmöglichkeiten, dem fehlenden Zugang der Roma zu Wohnung und Bildung sowie dem mangelnden Rechtsschutz weiterhin geboten.

ANMERKUNGEN

1 Wortlaut unter www.proasyl.de/texte/mappe/2002/72/1.pdf 2 Presseerklärung unter www.bmi.bund.de/dokumente/Pressemitteilung/ix_90604.htm 3 Siehe Bericht von Karin Hopfmann: Kein Land – Nirgendwo? PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, Dezember 2002. 4 Siehe Studie von Petar Antic: Expulsion of Roma, Minority Rights Center Belgrad, März 2003

ANTIZIGANISMUS IN DEUTSCHLAND SEIT 1989

EINE MEDIENANALYSE

ANNECKE WINKEL

1995 entschied das Amtsgericht Bochum, dass VermieterInnen vorgeschlagene NachmieterInnen ablehnen können, wenn es sich bei den Vorgeschlagenen um „Zigeuner“ handelt. Der urteilende Richter begründete seine Entscheidung damit, dass „diese Bevölkerungsgruppe traditionsgemäß überwiegend nicht sesshaft“ sei. Deshalb gehöre sie aus VermieterInnensicht „so offensichtlich nicht zu den durchschnittlich geeigneten Mietern mit zutreffender Zukunftsprognose“, dass sich eine Mieterin, die Sinti oder Roma als NachmieterInnen vorschlägt, für eine weitere NachmieterInnensuche disqualifiziere. _____ Der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma legte gegen das Urteil bei der Kommission für Menschenrechte beim Europarat Beschwerde ein. Diese beschloss im Juni 1997, sich nicht mit der Eingabe des Zentralrats zu beschäftigen, da sie „unzulässig“ sei, weil der Zentralrat nicht selbst vom Urteil betroffen sei und es sich nicht auf alle Sinti und Roma in der BRD erstrecke. _____ Die Entscheidung des Bochumer Amtsgerichts, die immer noch Bestand hat, ist nur eines von vielen Beispielen für den Antiziganismus in Deutschland seit 1989. Der Begriff „Antiziganismus“ bezeichnet dabei den Rassismus gegenüber Sinti und Roma. Grundlage ist ein „Zigeuner“-Bild, das aus Klischees, Stereotypen und Ressentiments zusammengesetzt ist. Die antiziganistische Aggression richtet sich allerdings nicht gegen das abstrakte Bild, sondern gegen konkrete Menschen, nämlich Sinti und Roma. _____ Wenn ich im Folgenden den Begriff „Zigeuner“ gebrauche, dann ist damit zu keiner Zeit die real existierende Bevölkerungsgruppen der Roma und Sinti gemeint. Er beinhaltet vielmehr sämtliche Bilder, die dieser Gruppe von Menschen zugeschrieben werden und aus denen eine „Rasse“ konstruiert wird. _____ Gleichgültig ist dabei, ob diese Bilder bei denjenigen, die sie benutzen, positiv oder negativ konnotiert sind. Denn antiziganistisch ist nicht nur die Zuschreibung von negativ bewerteten Eigenschaften wie z.B. Stehlen oder Betteln, sondern auch die Zuschreibung angeblich positiver Kennzeichen wie beispielsweise Musikalität. Beide schreiben angebliche Gruppenmerkmale als unveränderbar und identitätsstiftend fest. Insofern sind die Romantisierung und die Kriminalisierung der Roma und Sinti nur zwei Seiten derselben Medaille.

BEISPIELE FÜR ANTIZIGANISMUS SEIT 1989

Um einen Einblick in den Antiziganismus staatlicher Stellen und der Mehrheitsbevölkerung zu geben, werde ich nun zwei Beispiele aufführen.

SONDERERFASSUNG IN BAYERN

Auf Vordrucken der bayerischen Polizei für die erkennungsdienstliche Behandlung und die Personenbeschreibung für unbekannte TäterInnen findet sich eine Rubrik „Personentyp Zigeuner“ bzw. „Personentyp Sinti/Roma“. 1998 legte der Zentralrat deutscher Sinti und Roma gemeinsam mit zwei Auschwitz-Überlebenden eine Verfassungsbeschwerde gegen diese Sondererfassung in bayerischen Behördendateien ein. _____ Im Zuge dieser Verfassungsklage wurde durch die Datenschutzbeauftragten des Bundes und Bayerns bekannt, dass die bayerische Polizei Sinti und Roma in einer gesonderten Datei ohne Anlass oder Rechtsgrundlage erfasste, und zwar nahezu vollständig. Unter dem Stichwort „Landfahrerbewegung“ wurden die Namen einzelner „Sippenführer“ sowie die meisten Kennzeichen von Autos und Wohnwagen gespeichert.

KÖNIGSWUSTERHAUSEN (BRANDENBURG)

Ende August 1990 mietete eine Gruppe deutscher Sinti im Kreis Königs-wusterhausen ein Gelände von einer LPG an. Die deutschen EinwohnerInnen des Ortes reagierten panisch: Da jetzt „Zigeuner“ im Dorf seien, könne man seine Tiere nicht mehr aus dem Stall heraus lassen, sie würden sonst sofort gestohlen. Die Bürgermeisterin ließ die Presse gar wissen: „Die Kanaken wollen wir hier nicht.“ Die so Titulierten verließen aus Angst vor weiteren Angriffen das gemietete Gelände schließlich wieder. _____ Fast der gleiche Ort elf Jahre später:

Im Einzugsbereich von Königs Wusterhausen in der Nähe des Ortes Wildau wurde in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli 2001 ein Brandanschlag auf Wohnwagen von Roma verübt. Nur dadurch, dass zwei der drei Brandsätze beim Wurf der Flaschen offenbar erloschen und die Angegriffenen das Feuer auf einer Wiese selbst löschen konnten, wurde von den Roma aus Frankreich, den Niederlanden und Deutschland niemand verletzt.

Grundrechts auf Asyl, dass „in diesen Wochen die Dunkelhäutigen in die Stadt einfahren“. Gerne gesehen bzw. geschrieben waren in den 90er Jahren auch Hinweise auf „das nonkonformistische Nomaden-volk“ (Spiegel: 37/92, 30). _____ Ebenfalls verbunden mit der Vorstellung, „Zigeuner“ reisten immer herum, sind die Klischees, die in der Darstellung von Roma in Verbindung mit dem Wohnen sichtbar werden. Ein Sinto musste 1994 in Marburg gegen die offenkundig rassistisch motivierte Kündigung seines Vermieters klagen. Als Letzterer nämlich erfuhr, dass seine neuen MieterInnen „Zigeuner“ seien, sprach er die Kündigung mit der Begründung aus, er müsse sonst „ja damit rechnen, dass es demnächst Lagerfeuer in seiner Wohnung geben werde“ (FR: 19. 12. 94). _____ Ein Sinto aus dem Ruhrgebiet, regelmäßiger Gast des Berliner Hotels Estrel, wollte zu Beginn dieses Jahres dort Zimmer reservieren, als er erfuhr, dass er in diesem Hotel nicht mehr übernachten dürfe, da er im Computer als „Zigeuner“ geführt werde. Eine Managerin des Hotels teilte ihm auf seine Beschwerde hin mit: „Ihre Rasse wird bei uns als Zigeuner geführt“. An „Rasse-Zigeuner“, da gebe es Richtlinien, würden keine Zimmer vermietet (taz: 31. 01. 2003). Als eine Journalistin nachhakte, behauptete der Geschäftsführer des Hotels, „dieser spezielle Herr und seine Familie“ hätten „sich benommen, wie man sich in einem öffentlichen Raum nicht benimmt“.

„SELBST SCHULD“

Dieses Statement leitet über zu einem Motiv des „Zigeunerbildes“, das fast schon als Zusammenfassung der antiziganistischen Ressentiments und Bilder beschrieben werden kann: die These, dass die „Zigeuner“ schließlich selbst schuld an der Ablehnung durch die BürgerInnen seien. Schon 1990 formulierte etwa der Spiegel, die Roma seien eine „überaus ungelittene Asylantengruppe, die Bürger auf die Barrikaden bringt und sogar Spitzenpolitiker veranlasst, am bisher unantastbaren Grundrecht auf Asyl zu rühren“ (Spiegel: 36/90, 34). Zur Begründung hieß es, die „Hauptursache für die Zigeuner-aversionen von Bürgern wie Behörden“ sei „das Sozialverhalten der Fahrensleute“ (Spiegel: 36/90, 53).

FAZIT

Das antiziganistische Denken und Handeln beträchtlicher Teile der deutschen Mehrheitsbevölkerung wurde seit 1989 konsequent von staatlicher Seite unterstützt, forciert und legitimiert. Auch die Medien tragen bei allen Unterschieden und Differenzierungen wesentlich zur Verbreitung und weiteren Manifestation antiziganistischer Zuschreibungen bei. _____ Antiziganismus wird nicht hinterfragt, er ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn es um Sinti und/oder Roma geht, wird fast immer von „Zigeunern“ gedacht und gesprochen. Der Transfer dieses Bildes auf real existierende Menschen funktioniert bruchlos. In aller Regel wird das angeklagt, was man sich vorstellt und was den eigenen Stereotypen entspricht. Es wird nicht nach den Menschen gefragt, auf die dieses Bild projiziert wird und die nur noch Fehler machen können, gleich was sie tun: Entsprechen sie der Projektion, erscheint der Hass der Bevölkerung als berechtigt; tun sie das nicht, wird von einer Verstellung ausgegangen und angenommen, dass das wahre Gesicht noch zum Vorschein kommt. Die Konstruktion des „Zigeuner“-Stereotyps hat für diejenigen, die als „Zigeuner“ bezeichnet werden, die Konsequenz, dass sie wie dieses Bild behandelt werden. _____ Diese Projektionen spielen die entscheidende Rolle bei der Konstruktion und Reproduktion des „Zigeuner“-Bildes. Unerheblich ist es dabei beispielsweise, ob die Realität – zu welchen Teilen auch immer – mit den Projektionen übereinstimmt oder nicht. Denn Projektionen sind wirklichkeitsresistent. Das heißt, sie sind nicht zu widerlegen, etwa durch eine Aufklärung über die Realität im Sinne einer Beweisführung, dass die Klischees nicht zuträfen. Unwirksam ist jedoch auch eine Argumentation, die vermeintliche oder tatsächliche Übereinstimmungen zwischen Projektion und Realität erläutert oder verteidigt. ●

„ZIGEUNER“-BILD

Grundlage sowohl für brutale Übergriffe als auch für staatlichen Antiziganismus ist ein „Zigeuner“-Bild, das sich aus zahlreichen Motiven zusammensetzt. Zwei davon sollen hier behandelt werden.

„NOMADEN“

Das Bild des Nomadentums ist in der medialen Berichterstattung eine solche Selbstverständlichkeit, dass es nicht einmal mehr erklärt werden muss. „Zigeuner“ sind Nomaden – und sie sind es anscheinend schon immer gewesen. Sobald über Roma oder Sinti geschrieben wird, folgt beinahe zwangsläufig ein Hinweis auf „den Urinstinkt des Weiterziehens“ (FR: 20. 07. 92). Der Spiegel beispielsweise berichtete 1992 vor dem Hintergrund der Debatte über die Abschaffung des

ANTIZIGANISMUS

RASSISMUS GEGEN ROMA UND SINTI IM VEREINIGTEN DEUTSCHLAND

ELKE FRYE

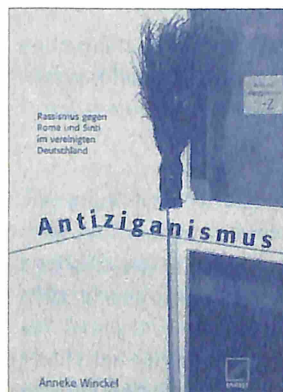
Äneke Winkel untersucht in ihrem Buch Antiziganismus im vereinigten Deutschland. Die Quellengrundlage bilden dabei Artikel der letzten zwölf Jahre aus mehreren Tageszeitungen und Zeitschriften.

Die Debatte der Asylpolitik nach der deutschen Einheit wurde in den Medien auf Kosten von Flüchtlingen aus Osteuropa ausgetragen. In den Medien wurde das Bild einer Zigeunerflut aus dem Osten kreiert. Eine Karikatur des Spiegels „das Boot ist voll“ war nur die Spitze eines Eisberges. Diese Anfeindungen zeigten eine deutliche Wirkung, denkt wenn man an die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Rostock. Bei den dargestellten Auseinandersetzungen zwischen Sinti und Roma einerseits und staatlichen beziehungsweise öffentlichen Stellen andererseits zeigt sich eine Reproduktion antiziganistischer Klischees und Sinti und Roma werden immer noch als „Zigeuner“ wahr genommen und behandelt. Unterstützt wird diese Haltung auch durch die Darstellung der vermeintlich typischen Eigenschaften – positive wie negative- in den Printmedien. Politische Inhalte oder Forderungen der Organisationen spielen hierbei keine Rolle. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma forderte in diesem Zusammenhang 1993 solche diskriminierenden Berichte zu verbieten. Die von Äneke Winkel präsentierten

Presseberichte sprechen eine deutliche Sprache und geben eindrucksvoll die antiziganistischen Stereotypen wieder. ●

ANTIZIGANISMUS

Äneke Winkel, Unrast-Verlag, ISBN 3-89771-411-6, EUR 21,00



DIE DIALEKTIK DES RASSISMUS

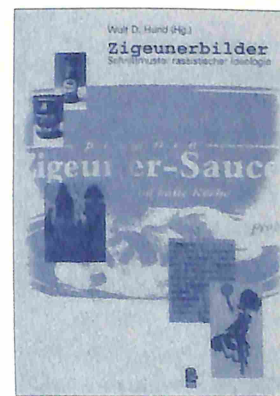
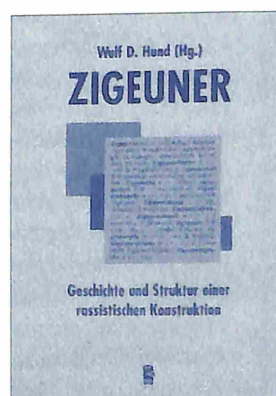
ALBERT ZECHERU, ZAG

„Im Sommer des Jahres 1944 werden jene Sinti und Roma, die die Torturen des Lagerdaseins bis dahin überlebt haben, in den Gaskammern von Auschwitz ermordet. Jahrzehnte später erinnert Fania Fénelon an diese Aktion. Sie hat in Auschwitz einem aus internierten Frauen gebildeten Orchester angehört, das den Schergen des Faschismus den Alltag der Vernichtung musikalisch auflockern musste. In ihren Aufzeichnungen jener Zeit ist auch eine Episode festgehalten, die sich kurz nach der Liquidierung des sogenannten Zigeunerlagers ereignet hat. Mitten in der Nacht werden Frauen von einem betrunkenen SS-Mann geweckt, der von ihnen verlangt, ihm aufzuspielen: „Was er hören wolle? Schlagger und Zigeunermusik... (Zum) Glück ist er im Rausch nicht tobsüchtig, sondern sentimental... Lily spielt ihm mit ihrer Geige sehnsüchtig Zigeunerweisen ins Ohr, er weint dicke Tränen.“ — Es mag keinen Ort geben, an dem sich die rassistische Chimäre aus Einfühlung und Ausgrenzung perverser gezeigt hätte. Und doch begleitet sie die Geschichte der Roma in Europa seit Anbeginn und über Auschwitz hinaus. Schon in den späteren vierziger Jahren kann in Deutschland wieder mit großem öffentlichen Erfolg gesungen werden: „Du schwarzer Zigeuner, komm, spiel mir was vor!“ — Und heute? Spätestens seit Emir Kusturicas Film „Schwarze Katze – weißer Kater“ ist „Zigeunermusik“ im Zuge der Vermarktung von Filmmusik salonfähig geworden. Für die scheinbar naturidentische, emotionsgeladene „Wildheit“ dieser Musik, die für das steht, was in einer kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft an jeder Ecke versprochen wird und nirgends vorhanden ist: Die als Traum denunzierte romantische Utopie von „Freiheit“, werden die Urheber dieser Musik gleichermaßen geliebt und gehasst. Geliebt von den esoterischen Kritikern der „materialistischen, westlichen Konsumwelt“, für die die „materialistische Aufklärung“ den Menschen zunehmend „entfremdet“ und „entartet“ und die Kulturen „gleichschaltet“. Gehasst von denen, die den bürgerlichen Arbeitsethos verinnerlicht haben und durch selbstausbeutende Beflissenheit sich was auch immer „aufbauen“ wollen. Für die einen ewige Nomaden, die das „ursprüngliche Wissen“ und die „ewigen Wahrheiten“ der Menschheit bis heute in sich tragen, für die Anderen ewige Vagabunden, arbeitsscheue Bettler und Kriminelle, die auf Kosten anderer Leben. — Beiden idealtypisch gezeichneten Gruppen ist eines gemein: Für sie sind Roma und Sinti vor allem eines: Zigeuner. Und wenn diesen eine Eigenschaft als genuin zugeschrieben wird, dann ist dies ihre angebliche Musikalität. Doch selbst die

einzig allgemein „Zigeunern“ zugeschriebene Tätigkeit erhält ihre Anerkennung nicht als Arbeit. Denn nicht nur für Kulturtümmler ist ihre Musikalität eine „ursprüngliche Volksbegabung“, womit „musikalische Betätigung zu einem angeblich angeborenen Talent naturalisiert [wird]“. „Ihre Musikalität haben sie [somit] nicht ausbilden und entwickeln müssen, sondern als natürliche Gabe empfangen. [...] An die Stelle sozialkritischer Reflexion tritt die Ökonomie des zoologischen Gartens. Die Zigeuner arbeiten nicht, sondern stellen sich lediglich zur Schau.“ — Vermutlich wird einem nirgends die Funktionsweise von Rassismus so klar wie beim Antiziganismus. Schon allein die alltägliche Verwendung des Begriffs „Zigeuner“ lässt bei genauer Betrachtung die Dialektik rassistischer Ressentiments offen zu Tage treten. Die soziale Bedeutung dieses Begriffs ist nichts weiter als ein Konglomerat aus positiven und negativen Zuschreibungen, die gesellschaftlich aus- und abgrenzend wirken. — Nirgendwo wird dies literarisch momentan wohl klarer dargestellt, wie in den beiden von Wulf D. Hund herausgegebenen Aufsatzsammlungen zur Geschichte, Struktur und gesellschaftlichen Manifestation einer rassistischen Konstruktion.

ZIGEUNER Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion, Hund, Wulf D. (Hg.), DISS, Duisburg 1996, EUR 9,20

ZIGEUNERBILDER Schnittmuster rassistischer Ideologie, Hund, Wulf D. (Hg.), DISS, Duisburg 2000, EUR 9,20



MULTI-KULTI

Beim Begriff multikultureller Gesellschaft sind zwei Reaktionsschemata vorhersehbar. Von rechts die aggressive Ablehnung und von links die eher gelangweilte Überheblichkeit gegenüber der Kulturfuzzi-Initiative der bürgerlichen 80er-Jahre-Gutmenschen. Birgit Rommelspacher zeigt, dass der Begriff mehr beinhaltet, als die Diskussion um dunkelhäutige Trommelgruppen auf Umzügen in deutschen Städten als gesellschaftlich emanzipativen Faktor. ——— Grundlage des Buches „Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft“ ist die Analyse der Konstruktion des Fremden. Für diese Konstruktion des „Anderen“ ist es irrelevant, ob er tatsächlich aus der Ferne kommt oder schon immer hier war. Sie befindet sich in einem ständigen Änderungsprozess und dient durch die Ab- bzw. Ausgrenzung des Anderen zur Absicherung der eigenen Privilegien. Die Machtstrukturen, die mit der Entwicklung des Nationsverständnisses in der europäischen Moderne zwar Emanzipatives enthielten, aber gleichzeitig Unterdrückung und Ausgrenzung des „Anderen“ produzierten, stehen im Zentrum ihrer Untersuchung. Rassismus und Rechtsextremismus sind die Kehrseiten des globalen Anspruchs der westlichen Werte. ——— Birgit Rommelspacher untersucht die Hintergründe, Bedeutungen und Motive aktueller Debatten. Sie zeigt z.B. die Mechanismen von Ethnisierungsprozessen anhand des Nationalsozialismus und des Antisemitismus. Die nationalsozialistischen Verbrechen dienen insofern zur Ethnisierung der Deutschen, als sie eine „Schicksalsgemeinschaft“ als Identität bieten und die An-

deren ausschließen. Damit wird eine Tradierung von Fremdbildern erreicht: „So werden die eigenen inneren Widersprüche an den Anderen abreagiert, und zwar vor allem die Ambivalenz zwischen der Distanzierung von den Eltern und Großeltern und der Komplizenschaft mit ihnen, zwischen dem Bedürfnis nach eigenständiger Auseinandersetzung und kindlicher Fixierung an sie, sowie zwischen Verantwortungsübernahme und dem Bedürfnis nach Verdrängung. Die Spannung zwischen dem Bedürfnis nach einem positiven Selbstbild und der negativen Geschichte wird externalisiert, indem die Anderen zur Ursache für diese Probleme erklärt werden. Dann sind es die Juden, die den Deutschen ihre Unbefangenheit und das Recht auf Normalität nehmen.“ (Seite 54) ——— Weitere Schwerpunkte des Buches sind die Hintergründe des „Feindbildes Islam“ oder die „Kopftuchdebatte“. Birgit Rommelspachers Interesse gilt dabei immer den Ursachen und der Mobilisierbarkeit der entsprechenden Feindbilder, von der „islamischen Bedrohung“ über den „Zigeuner“ bis zum „Juden“. In der Wechselwirkung zwischen individuellen und gesellschaftlichen Prozessen bei der Produktion der Ausgrenzung spielt für sie der Mythos des Ursprungs eine zentrale Rolle. Dieser wird von der herrschenden Gruppe reklamiert und wenn er der faktischen Realität entbehrt, über die Institutionalisierung des Ausgegrenzten als Anderen etabliert. ——— Die Aufgabe des Antirassismus sieht Birgit Rommelspacher darin, „...die Kategorien zu hinterfragen, mit denen die Anderen ausgegrenzt und vereinnahmt werden, und wie dies

mit symbolischen wie mit materiellen Machtinteressen verknüpft ist.“ (Seite 211) Besondere Aufmerksamkeit muss hier den rechtlichen Diskriminierungen gelten, die einen „Generalverdacht politischer und sozialer Unzuverlässigkeit“ der „Ausländer“ produzieren und die Mehrheitsgesellschaft privilegieren. ——— Birgit Rommelspacher plädiert in ihrem sehr lesenswerten Buch für einen „kritischen Multikulturalismus“ und setzt ihn gegen den rassistischen „Kampf der Kulturen“. Eine Politik der Anerkennung muss sowohl national wie auch international ansetzen. „Dabei gilt es weder die Differenzen herauszustreichen noch sie zu negieren.“ (Seite 218) •

ANERKENNUNG UND AUSGRENZUNG
Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Birgit Rommelspacher, Campus Verlag, Frankfurt/M. 02, 236 S., EUR 21,50



VERHANDLUNG DES ANTISEMITISMUS

Im ça ira-Verlag aus Freiburg erscheinen anspruchsvolle politische Bücher. Zu ihnen zählen auch verschiedene lesens- und diskussionswürdige Publikationen zu Nationalismus und Antisemitismus. Zu letzterem Brennpunkt der aktuellen linken Auseinandersetzungen in Deutschland erschienen zwei Bücher. Von der Initiative Sozialistisches Forum (ISF) wurde „Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten“ in einer zweiten erweiterten Auflage herausgegeben und von Matthias Küntzel erschien „Djihad und Judenhaß“.

——— „Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten“ ist eine provozierende Stellungnahme zu den Projektionen innerhalb der deutschen Linken bezüglich Israels. Detailiert wird der latente und teilweise auch ganz offene antisemitische Charakter des „Antizionismus“ in Deutschland herausgearbeitet. Die kritische Analyse beruht auf der Erkenntnis, dass Antisemitismus eine rassistische Erscheinung mit einer speziellen Implikation ist. „Der Antisemitismus ist eine Ersatzhandlung, ‚der Jude‘ eine Projektion der bürgerlichen

Gesellschaft, in dessen Verfolgung sie ihren Antagonismus zu bewältigen versucht.“ (S.66). Für die bürgerliche Weltordnung ergibt sich damit eine klare Konsequenz. „Das Recht eines Juden auf die israelische Staatsbürgerschaft ist zwar alles andere als die Lösung der Antisemitenfrage, aber gleichwohl eine Errungenschaft ersten Ranges; zumindest in einer nationalstaatlich verfaßten Weltgesellschaft (...). Israels Existenz ist genau aus dem Grund unverzichtbar, weil die Behauptung der PLO, die Juden seien nur

TOBIAS FASSMEYER

TOBIAS FASSMEYER

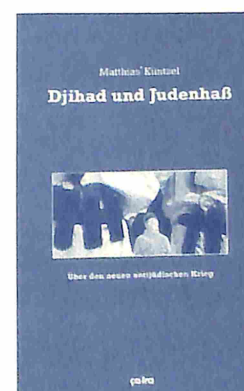
eine Religionsgemeinschaft und daher nichts als Bürger der Staaten, denen sie angehören, schon längst von der Geschichte widerlegt worden ist...“ (S.83). Daher sei eine Trennung des Antizionismus vom Antisemitismus nicht möglich. Wer diese Position einzunehmen versucht, „...der Vertritt ihn ohne einen Schimmer eines ideologiekritischen Bewußtseins und wird zum ‚nützlichen Idioten‘ (Lenin) der Agitation von rechts und links.“ (S.61) Dabei wird auch auf den vom „antideutschen“ Ansatz als Spezifikum festgestellten speziellen Charakter des deutschen Antisemitismus, wie er im Nationalsozialismus offensichtlich wurde, eingegangen. — Die Grundlage antizionistischer Positionen innerhalb der Linken bildet die fatale Position zum „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Bei dieser stellt sich die Frage, ob sich die bürgerliche und proletarische Position bezüglich ihrer „Unfähigkeit zum Bruch mit Herrschaft und Ausbeutung“ (51) vom „Selbstbestimmungsrecht“ Adolf Hitlers unterscheidet. Aus dieser Überlegung resultiert: „Weil die Rede vom ‚Volk‘ zu nichts anderem taugt als zur kritischen Kategorie, zur Bezeichnung einer Zusammenrottung von zu Subjekten konstituierten Individuen zu Staatszwecken und damit zum Menschenmaterial von Herrschaft, gehört ihr Gebrauch unter Linken verboten. Und weil die Propaganda für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ fundamental antisemitisch und strukturell rassistisch ist, darum hat sie in der Linken nichts verloren.“ (S. 51) — Die Veröffentlichung des ISF zeichnet sich durch eine provokante, stringente Argumentation und Analyse aus, die den antisemitischen Kern der „antizionistischen“ Propaganda in Deutschland freilegt. — Und unterscheidet sich wesentlich von der Fleißarbeit Matthias Küntzels. Am erwähnenswertesten ist hier wirklich der Fleiß, mit der eine Sammlung von Dokumenten zusammengetragen wurde, um den Faschismus- und Antisemitismusvorwurf gegen islamistische Strömungen, allen voran den Muslimbrüdern Ägyptens, nachzuweisen. Das an sich ist wenig aufregend, da diese Erkenntnis für diverse islamistische Gruppierungen mal mehr, mal weniger zutrifft. Interessant ist hier eher, dass sich Matthias Küntzel in keiner Weise mit islamistischen Bewegungen beschäftigt, bei denen der doch als so grundlegend behauptete Antisemitismusvorwurf: „Der Djihadismus stachelte den

Antisemitismus nicht nur an, sondern wurde durch diesen zugleich konstituiert.“ (S.145) etwas schwieriger und weit abstrakter ist – beispielsweise bei philippinischen Islamisten. Auch innerhalb des arabischen Raums verschwendet er wenig Aufmerksamkeit auf die durchaus vorhandenen Unterschiede in den diversen regionalen Ausprägungen islamistischer Bewegungen. Das liegt natürlich auch nicht in seinem Interesse. — Der Tenor des Buches schrammt ständig am Huntingtonschen „Kampf der Kulturen“ oder der Variante von Bassam Tibi, der sich im „Kampf der Zivilisationen“ befindet, entlang. Tibi wird in diesem Buch auch gerne und ausführlich zitiert. Was sich nicht findet: eine Distanzierung zu diesem Autor, dessen Werk die Welt und deren Konflikte in Kulturen und Zivilisationen gliedert (vgl. Bassam Tibi: Krieg der Zivilisationen. Hoffmann und Campe 1995), der bisher einen hohen Anspruch hatte, gibt er doch – der Kontrast könnte kaum größer sein – unter anderem das gesamtwerk des am 4. Mai verstorbenen Johannes Agnoli heraus. — Positiv hervorheben lässt sich wenig, da der Tenor des Buches ständig die Gleichung Islamismus = Djihadismus = Islam intendiert. Eine Gleichung, die so langweilig wie nichtssagend ist, da sie auf der Ausblendung aller Unterschiede basiert. Mit dieser Methode des Grobzeichnens lässt sich fast jede Gleichung aufstellen – ein wirklich hilfreicher Ansatz. Verwunderlich ist auch, dass das vernichtendste Urteil über das Buch Matthias Küntzels die ISF und damit der Verlag selbst formuliert im zuerst besprochenen Buch. Dort lässt sich auf Seite 57 lesen, was üblicherweise Bestandteil von politologischen Grundseminaren ist: „Aus dem indizienmäßigen Nachweis von Verhandlungen zwischen Nazis und Zionisten auf deren Wesensgleichheit zu schließen, ist schon deshalb absurd, weil die gleiche Methode, angewandt auf den Mufti von Jerusalem, den Chef der palästinensischen Nationalbewegung bis 1952, nichts anderes ergäbe, als den Beweis für deren faschistischen Charakter. Dieser Rückschluß vom historischen Schein aufs Wesen ist deshalb illegitim und führt schon deswegen auf fatale Folgerungen, weil er die Vermittlung, die in der Logik der Politik liegt und sich in der Devise artikuliert, daß der Feind meines Feindes mein Freund sein muß, bewußt übergeht.“ — Matthias Küntzels Buch ist nichts anderes als die ausführliche

Anwendung dieser Methode. Darüber hinaus bemüht er sich, sämtliche Unterschiede zwischen dem eliminatorischen Antisemitismus des Nationalsozialismus und antisemitischen Elementen arabischer Nationalbewegungen zu negieren. Über weite Strecken ist das Buch deshalb zu einem propagandistischen Pamphlet geworden. Der „alles Faschisten“-Ansatz hat die schöne Eigenschaft in der Welt der Nationalstaaten nie absolut falsch zu sein – seine inflationäre Anwendung hilft jedoch unglaublich weiter.

FURCHTBARE ANTISEMITEN ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie, Initiative Sozialistisches Forum, 2. erweiterte Auflage, ça ira-Verlag '02, 200 S., EUR 13,50

DJIHAD UND JUDENHASS Über den neuen jüdischen Krieg, Matthias Küntzel, ça ira-Verlag '02, 180 S., EUR 13,50

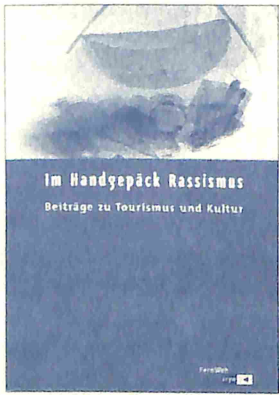


RASSISMUS

In diesem umfangreichen Buch werden 15 Beiträge zum Thema Tourismus vorgelegt. Da die AutorInnen sehr unterschiedliche Ansätze beleuchten, tauchen viele neue Fragen nach der Rolle von Reisenden und Gastgebern auf. _____ In ihrem Beitrag „Über die Verwandtschaft von Rassismus und Tourismus“ stellt Tina Goethe die These auf, „Reisen und Rassismus basieren beide auf der Konstruktion von Grenzen zwischen unterschiedlichen Kulturen“. Der Begriff Kultur hat sich dabei zu einem breiten Begriff ausgeweitet. Ausgrenzung wird heute oft damit begründet, dass Menschen über ihre Kultur an ihr Land gebunden seien. Dadurch entstehen andere, ausgeschlossene Gruppen und erleichtern eine Definition des „Eigenen“. _____ An der Costa del Sol Spaniens bleibt der Tourismus Wirtschaftsfaktor Nummer 1. Viele Englische, Deutsche und skandinavische Residenten leben hier, geduldet wegen ihres Geldes. Der Menschenschmuggel ist das zweite einträgliche Geschäft. Die kurze Überfahrt zwischen Spanien und Marokko ist schon für 420 Euro zu haben. Nach Angaben von ATIME (Asociacion de Tarbajadores Inmigrantes en Espana) sollen in den vergangenen fünf Jahren 3.924 Menschen in der Meerenge von Gibraltar bei Bootsunglücken ertrunken sein. Trotzdem riskieren auch weiterhin viele Flüchtlinge ihr Leben um einen Job auf den Erdbeerplan-

tagen in der Provinz Huelva oder in den Treibhäusern an der Küste von Almeria zu ergattern. Längst gibt es nicht für jeden Neuankömmling eine Arbeit. Die Unternehmer suchen sich diejenigen aus, die sie momentan benötigen. Auf beide Gruppen ist die spanische Wirtschaft angewiesen, die einen werden hofiert, die anderen versucht man fernzuhalten. _____ Aufgrund des breiten Ansatzes gehört dieses Buch daher wirklich ins Handgepäck eines jeden Touristen. Der ein oder andere Beitrag kann sicherlich zum besseren Verständnis zwischen Reisenden und Gastgebern führen.

IM HANDGEPÄCK RASSISMUS IZ3W, 2002, ISBN 3-922263-19-4, EUR 15,00



AFGHANISTAN

Das Motto des Buches: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! – Die sich aufdrängende Frage, wer das für das Autorenkollektiv ist, wird allerdings nicht erläutert. Der Ton entspricht dann auch erwartungsgemäß der antiimperialistischen Sprachvielfalt: viele Klischees und Manches sprachlich schwer lesbar. Erfreulich ist die kritische Distanz zur „islamischen“ Bewegung, die als „faschistoid“ wahrgenommen wird. Ansonsten: „...aber nur ein weiterer Schritt auf dem seit Jahrzehnten verfolgten Weg des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus.“ Oder: „Die Revisionisten als Hand-



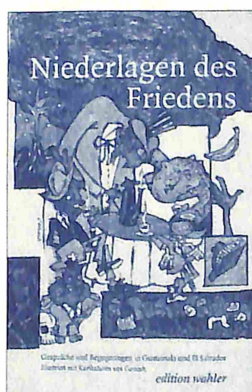
langer des russischen Sozialimperialismus sind durch einen faschistischen Putsch an die Macht gekommen. Diese Bande der Landesverräter nennt ihren Putsch „Revolution“ und ihren Blutsaugerstaat „demokratisch“. _____ Wer sich's antun will:

ZUR GESCHICHTE AFGHANISTANS ein Land im Würgegriff des Imperialismus. Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan _____ VKS GmbH Postfach 102 051, E-Mail: vks-gmbh@gmx.de, 63 020 Offenbach, 310 S., EUR 15,00

REISEBUCH

Das Buch ist eine Sammlung verschiedener Texte aus und über die linke Szenerie in Guatemala und El Salvador. Entstanden ist es als Ergebnis eines Mittelamerikaaufenthalts. Es gibt Einblick in die Denk- und Handlungsweisen der linken Szenerie in Guatemala und El Salvador. Die zahlreichen kurzen Erzählungen und Analysen sind eine gute Grundlage für die Beschäftigung mit der aktuellen Situation der Länder.

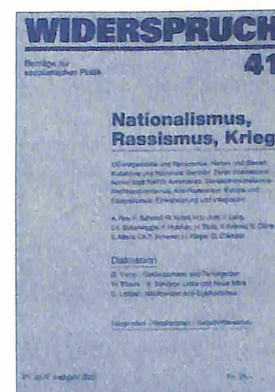
NIEDERLAGEN DES FRIEDENS Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador, Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger _____ edition wabler '02, Dätzingerstr. 132, 71 120 Grafenau, 164 S.



ANTILABERISMUS

WIDERSPRUCH ist eine Halbjahreszeitschrift, deren Erscheinen immer wieder erfreut. Auch das Heft 41, eher ein Buch, zeichnet sich durch Kompetenz aus. Eine Versammlung lesenswerter Artikel unter der Überschrift „Nationalismus, Rassismus, Krieg“. Die alten und neuen Nationalismen sind der Dreh- und Angelpunkt. Ihre Bedeutung und Auswirkung, letztlich ihr Rassismus werden analysiert und diskutiert.

WIDERSPRUCH 41 Nationalismus, Rassismus, Krieg _____ WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich, E-Mail: vertrieb@widerspruch.ch, 208 S., SFr 25,00



36 ZAG43 2003

THEMENSCHWERPUNKTE

- 1992 Nr. 2 Greift ein! - Schaut nicht länger weg
- Nr. 3 Wer schweigt stimmt zu
- Nr. 4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
- Nr. 5 Roma/Rostock (vergriffen)
- 1993 Nr. 6 Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
- Nr. 7 Rassismus und Medien (vergriffen)
- Nr. 8 Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
- Nr. 9 Bleiberecht für Vertragsarbeiterinnen (vergriffen)
- 1994 Nr. 10 Rassismus und Bildung
- Nr. 11 Innere Sicherheit
- Nr. 12 Rassismus und Soziale Frage
- Nr. 13 Polizei und Justiz
- 1995 Nr. 14 Deutscher Antirassismus?
- Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
- Nr. 15 Illegalisierung
- Nr. 16 Europa
- Nr. 17 Alltag-Kultur-Rassismus
- 1996 Nr. 18 VietnamesInnen in Berlin,
- Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
- Nr. 19 Einwanderungspolitik
- Nr. 20 Ökologie
- Nr. 21 Balkan, Krieg und Flucht
- 1997 Nr. 22 City 2000
- Nr. 23 Mobilität
- Nr. 24 Globale Migrationskontrolle
- Nr. 25 Arbeit mit Illegalisierten
- Wege aus der Illegalität
- 1998 Nr. 26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt
- Nr. 27 Antirassistische Jugendarbeit
- Nr. 28 Innere Sicherheit light
- Alternative Sicherheitskonzepte
- Nr. 29 Sport und Rassismus
- 1999 Nr. 30 Das Ende der Tabus
- Nr. 31 Gesundheit als Privileg
- Nr. 32 Die Bilder-ZAG
- Nr. 33 Konzepte antirassistischer Arbeit
- 2000 Nr. 34 Islambilder
- Nr. 35 Schengenland
- Nr.36/37 Zimmer ohne Aussicht
- 2001 Nr. 38 Abschiebehaft
- Nr. 39 Antisemitismus
- 2002 Nr. 40 Blitzkulturen
- Nr. 41 Monster AG
- Nr. 42 911 turbo

ZAG IM ABONNEMENT

Wer die ZAG regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben) kostet EUR 14,00 inkl. Versandkosten (Ausland EUR 20,00). Lieferung nur gegen Vorauskasse. Bitte füllt die Bestellung und die Überweisung vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. In der Abo-Verwaltung taucht immer wieder das Problem auf, dass wir wegen mangelnder Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden. Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. (Spenden sind steuerlich absetzbar). Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20% Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.

HALLO?

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

- Berlin Antirassistisches Telefon 0 30.7 85 72 81
Mo 17.30 — 21.00 Uhr, Di 19.00 — 21.00 Uhr,
Do 17.00 — 19.00 Uhr
- Bremen Anti-Rassismus-Büro 04 21.70 64 44
Mi 18.00 — 20.00 Uhr
- Dortmund Infotelefon Dortmund
02 31.41 66 65
- Düsseldorf Nottelefon gegen Rassismus 02 11.9 92 00 00
24 Stunden
- Erlangen Infobüro gegen Rassismus 0 91 31.20 22 68
Di 10.00 — 12.00 Uhr
- Essen Anti-Rassismus-Büro 02 01.23 20 60
- Giessen Antirassistisches und Antifaschistisches
Notruftelefon 04 61.79 14 64
Mo bis Sa 19.00 — 20.00 Uhr, So 20.00 — 21.00 Uhr
- Hamburg Antirassistisches Telefon 0 40.43 15 87
Mo bis Sa 09.00 — 23.00 Uhr
- Kassel Büro antirassistischer Initiativen
05 61.179 19
- Lübeck Antifaschistisches Telefon 04 51.7 02 07 48
täglich ausser So und Di 18.00 — 21.00 Uhr
- Passau Infotelefon Antifa 08 51.3 61 06
Fr 16.00 — 18.00 Uhr

BESTELLPOSTKARTE



ZAG Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
D-10 965 Berlin

Ich abonniere die ZAG ab der Nummer
und erhalte ein ZAG Jahresabo, vier Ausgaben
zum Preis von EUR 14,00.

☐ Auslandsabo zu EUR 20,00

☐ Förderabo in Höhe von EUR

☐ Bitte schickt mir als Willkommen
kostenlos Jahrgang 1999 (Nr. 30-33) oder

☐ Bitte schickt mir die Mumia-CD

Nach Erhalt einer Rechnung überweise ich auf das Konto:

Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.

BLZ 10020500

Stichwort ZAG

Kontonummer 3039 601